Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich: zweimal und Mittwoch Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher).
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 24.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteile 15 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag und Freitag vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 11. **Sonnabend, den 7. Februar 1925.** **28. Jahrg.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der erneut zum preußischen Ministerpräsidenten gewählte sozialdemokratische Abgeordnete Braun hat die Wahl und damit die Bildung des Kabinetts abgelehnt.
* Dem Reichstag soll das neue Aufwertungsgesetz in drei Wochen zugehen.
* Der Aufwertungsantrag der Deutschnationalen auf Aufhebung der Notverordnung vom 24. Dezember 1924 wurde im Reichstagsausschuß abgelehnt.
* In der Danziger Briefkastenaffäre hat der Völkerbundkommissar den Standpunkt Danzigs als berechtigt erklärt. Polen erhob gegen die Entscheidung Protest.
* Im amerikanischen Senat unternahm Johnson einen scharfen Vorstoß gegen das Pariser Finanzabkommen.

Pflicht zur Sparsamkeit.

Der Reichsfinanzminister Dr. v. Schlieben mahnte in der Berliner Konferenz der Finanzminister der Länder dringlichst zur Sparsamkeit. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, namentlich angesichts der Tatsache, daß Hunderttausende von Beamten und Angestellten dieser bisher selbstverständlichen Sparsamkeit zum Opfer gefallen sind, doch was noch viel selbstverständlicher ist: das Reich steht vor geradezu ungeheuren finanziellen Verpflichtungen, die aus dem Londoner Pakt hervorgehen —, und daß, um sie zu erfüllen, gespart, gespart und nochmals gespart werden muß, leuchtet ohne weiteres ein.

Vielfach ist in letzter Zeit darüber geklagt worden, daß weniger die Länder als vor allem die Kommunen diese Selbstverständlichkeit nicht im notwendigen Maße beachten, sondern zu Ausgaben schreiten, die man zweifellos wohl als notwendig, aber nicht als dringend notwendig bezeichnen kann. Doch nur diese letzteren, die dringend notwendigen Ausgaben dürfen wir uns noch gestatten.

Die Konferenz der Finanzminister der Länder mit dem Reichsfinanzminister hatte vor allem den Zweck gehabt, über den künftigen Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Kommunen endgültige Klarheit zu schaffen, damit jetzt, wo das Reich zum ersten Male wieder über einen klaren Etat verfügt, auch die Länder ihren Haushalt auf sicheren Grundlagen aufbauen können. Schlieben hatte darauf hingewiesen, daß der Schuldendienst der Länder und Gemeinden infolge der Inflationswirkung so gut wie aufgehört, aber trotzdem ihr Haushalte eine 40 bis 50%ige Erhöhung im Vergleich zu 1914 erfahren haben. Bisher lag die Sache so, daß von den beiden wichtigsten Einnahmen des Reiches, nämlich der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer dort 90%, hier 20% vom Reich abgeführt wurden. Nun hatte der Reichsfinanzminister die Länder bzw. die Kommunen auf den alten Weg des Zuschlages zur Einkommensteuer verwiesen, doch darauf ist eine Entschließung der Finanzminister nicht eingegangen, vielmehr betont sie, daß der bisherige Finanzausgleich einseitig zugunsten des Reiches und zuungunsten der Länder ausgeschlagen sei; der künftige bringe eine weitere untragbare finanzielle Verschlechterung für Länder und Gemeinden. Einstimmig verlangen diese jetzt grundsätzlich die Rückgabe der Einkommensteuer, der Körperschaftssteuer sowie der Steuer vom Kapitalertrag an die Länder, wobei das Reich nur 4% des Aufkommens als Deckung für die Erhebungskosten erhalten soll. Eine Reihe von Ländern verlangt nun aber auch, daß die Finanzverwaltung wieder in ihre Hände zurückgegeben wird, und zwar soweit sie die Erhebung der vorgenannten Steuern betrifft. Diese Verkürzung des Reiches auf 4 % soll bereits ab 1. April 1925 eintreten. Die Übergangsregelung für die Rückübertragung der Steuern soll Aufgabe des Reiches für das Rechnungsjahr 1925 sein. Von vorherrein hat der Reichsfinanzminister erklärt, daß an die Rückgabe der Einkommen- und Körperschaftssteuer an die Länder in absehbarer Zeit nicht gedacht werden könne.

Die Länder hatten aber auch verlangt, daß eine Erhöhung ihres Anteils an der Umsatzsteuer über die 20% hinaus erfolgen solle, die ihnen bisher zuständen. Und schließlich noch verlangen sie die Rückerstattung der Kosten für die Schutzpolizei in der bisherigen Höhe.

Eine derartige Rückentwicklung unseres Steuersystems auf den Standpunkt von 1919, der bekanntlich damals zugunsten einer immer schärferen Zentralisierung des deutschen Steuersystems zugunsten des Reiches aufgegeben worden ist, wird naturgemäß stark beeinflußt durch den Willen der Länder, ganz allgemein politisch eine größere Selbständigkeit zu haben. Eine derartige Selbständigkeit hat naturgemäß als erste und wichtigste Grundlage eine größere finanzielle Selbständigkeit, ohne die ja ein wirklich politisches, kulturpolitisches, sozialpolitisches Leben der Länder nicht möglich wäre. Aber auf der anderen Seite würden wir zu jenem Zustand zurückkommen, der dem Reich die Stellung eines „Kostgängers der Länder" zuschiebt. Ob das unter den jetzt ganz veränderten innen- und besonders aber außenpolitischen Zuständen möglich sein kann, dürfte doch, wie schon oben angedeutet, sehr zweifelhaft erscheinen. Denn für sämtliche Reparationsverpflichtungen, die bekanntlich schon in den nächsten Jahren die Höhe von 2½ Milliarden erreichen und damit etwa 45 % der jetzigen Etatshöhe darstellen, haftet das Reich völkerrechtlich, nicht die Länder oder Kommunen, die laut Versailler Vertrag erst in zweiter Linie herangezogen werden können. Man kann es ja nach mancher Richtung hin verstehen, wenn namentlich Länder wie Preußen und Bayern nach größerer finanzieller Selbständigkeit streben im Hinblick darauf, daß sie ihre am stärksten fließende Steuerquelle, nämlich ihre Eisenbahnen, verloren haben. Ob das Verlangen der Länder nach Rückerlangung der Finanzverwaltung ein berechtigtes ist, dürfte schon mehr zu überlegen sein, obwohl auch hier der Zwischenraum zwischen 1919 und 1925 eine radikale Umstellung der gesamten Verwaltung gebracht hat, so daß in gewisser Beziehung die vorzügliche Tradition der Finanzverwaltung der Länder doch schon in mancher Beziehung verlorengegangen ist und erst wieder aufgebaut werden müßte.

Aber auf eins hätten die Finanzminister der Länder in ihrer Entschließung doch noch eingehen sollen, und das ist das erste, von dem Schlieben ausgeht, nämlich die Pflicht der Sparsamkeit bis zum letzten. Ein Steuersystem, das ständiger Änderung unterliegt, wird leicht zu einer Gefahr, besonders für die produktive Wirtschaft, auf deren Erträge sie sich ja aufbaut. Verschwendungssucht, Systemlosigkeit, vor allem aber wirtschaftlich vernichtende Steuern zerstören die Grundlage, auf der sich der Staat überhaupt aufbaut und die ihm die Möglichkeit seines Wirkens erst bietet, nämlich die finanzielle Grundlage, die ja das A und das O jeder Tätigkeit ist.

Brauns Ablehnung.

Die preußische Kabinettsfrage.

Berlin, 5. Februar.

Ministerpräsident Braun hat heute nachmittag 12½ Uhr dem Präsidenten des Preußischen Landtages folgendes Schreiben zugehen lassen. „Auf Ihre Mitteilung vom 30. v. Mts. über meine Wahl zum Ministerpräsidenten teile ich Ihnen ergebenst mit, daß ich die Wahl nicht annehme."

Die Entschließung Brauns, die schon einige Tage erwartet wurde, ist auf einen heute erfolgten Beschluß der Deutschen Volkspartei zurückzuführen. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei trat heute um 12 Uhr zu einer Sitzung zusammen, in der der Fraktionsvorsitzende Dr. v. Campe Bericht über seine Unterredung mit dem wiedergewählten Ministerpräsidenten Braun erstattete. Die Fraktion beschloß einmütig, dem Ministerpräsidenten Braun mitzuteilen, daß sie seine an Herrn v. Campe gerichtete Frage, ob die Fraktion ein Minderheitskabinett tolerieren, also einer solchen Regierung abwartend gegenüberstehen wolle, verneint habe, auch einer Großen Koalition (mit Einschluß der Deutschen Volkspartei) nicht beitreten werde. Herrn Braun wurde sofort von diesem Beschlusse Mitteilung gemacht, worauf er das Ablehnungsschreiben an den Landtagspräsidenten sandte.

Ein Zentrumskandidat.

Während von einer Seite behauptet wird, das Zentrum halte nach dem Verzicht Brauns an der Kandidatur des rheinischen Landeshauptmanns Dr. Horion für die preußische Ministerpräsidentschaft fest, verlautet aus anderer Quelle, das Zentrum werde nicht Horion, sondern eine andere Persönlichkeit aus seinen Reihen vorschlagen, die nicht dem Landtage angehöre. Die Wahl des neuen Ministerpräsidenten, der angeblich nun ein Kabinett aus Zentrum und Demokratie bilden wolle mit Duldung durch die Sozialdemokratie und die Volkspartei, soll voraussichtlich am 10. Februar erfolgen.

Wahltermin am 10. Februar.

(11. Sitzung.) tt. Berlin, 5. Februar.

Die heutige Sitzung des Preußischen Landtages eröffnete Präsident Bartels mit einem Nachruf für den verstorbenen deutschnationalen Abg. Dr. Regenborn, den die Abgeordneten stehend anhören.

Darauf wird das Schreiben des Ministerpräsidenten Braun an den Präsidenten mitgeteilt, in dem Braun von der Nichtannahme seiner Wahl Kenntnis gibt. Die Wahl des Ministerpräsidenten ist vom Ältestenrat für Dienstag, den 10. Februar, anberaumt. Daran soll sich anschließen die Wahl des Landtagspräsidenten.

Der jetzige Präsident Bartels hat die Bestätigung noch nicht erhalten, die nach der Verfassung vier Wochen nach der ersten Wahl stattzufinden hat. In einer Geschäftsordnungsdebatte legt Abg. Dr. Körner (Nationalsoz.) Verwahrung dagegen ein, daß die Wahl des Landtagspräsidenten verschleppt werden soll; sie müsse sofort erfolgen. Im übrigen macht der Umstand, daß der gegenwärtige Präsident einer Fraktion angehöre, der von Barmat 50 000 Mark zugewendet worden sind (Lebh. Hört, hört! rechts), diesen unfähig, das Präsidentenamt weiter zu bekleiden. (Großer Lärm links, wachsende Unruhe.) Die weiteren Bemerkungen des Abgeordneten gehen in dem entstehenden Lärm verloren. Gegen die Änderung der Tagesordnung wird Widerspruch erhoben; damit ist das Verlangen der Nationalsozialisten erledigt.

Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein. Auf Antrag der Deutschen Volkspartei wird ein Ständiger Ausschuß für die besetzten Gebiete eingesetzt

Unterbrechung der Sitzung.

Das Haus setzt darauf die Aussprache über die Amnestieanträge fort.

Abg. Obuch (Komm.) kritisiert mit aller Schärfe die vom Ausschuß empfohlene Ablehnung der Anträge der Kommunisten.

Als der Abg. Kuttner (Soz.) das Wort nehmen will, wird er mit großen Beschimpfungen durch die Kommunisten empfangen. Man ruft ihm „Arbeitermörder" und dergleichen zu. Vizepräsident Dr. Porsch läutet andauernd die Glocke, um dem Redner das Wort zu verschaffen. Dem Abg. Kuttner ist es unmöglich, sich durchzusetzen. Als es dem Vizepräsidenten nicht gelingt, sich Ruhe zu verschaffen, hebt er die Sitzung auf eine Viertelstunde auf.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung gehen die Amnestieanträge an den Rechtsausschuß und das Haus vertagt sich auf Freitag.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. Februar 1925.

Heute lagen Anträge auf Einstellung von Strafverfahren gegen die Abgeordneten Schulz-Königsberg (Soz.) und Koenen (Komm.) vor. Sie wurden zunächst debattelos dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. Dann begründete der Abg. Dr. Wunderlich (Dtn.) einen auch von anderen bürgerlichen Parteien unterstützten Antrag auf Einstellung des Verfahrens vor Gerichten und Aufwertungsstellen. Der Antrag will verhindern, daß jetzt noch durch Entscheidungen in letzter Stunde der bevorstehenden gesetzlichen Neuregelung der Aufwertungsfrage vorgegriffen wird.

Aufwertungsfragen.

Abg. Keil (Soz.) betonte, die Haltung der Parteien der Rechten in der Aufwertungsfrage müsse bei den Aufwertungsinteressenten große Enttäuschung erregen. Im Ausschuß kämpften jetzt die Sozialdemokraten energisch für den deutschnationalen Aufwertungsantrag, während die deutschnationalen Antragsteller selbst sich mit aller Kraft der Durchsetzung ihres eigenen Antrages widersetzten. Vorher hätten die Deutschnationalen die Aufhebung der Steuernotverordnung vom 4. Dezember 1924 beantragt, und jetzt hätten sie im Ausschuß gegen ihren eigenen Antrag gestimmt. Der Redner beantragte schließlich Befristung der Geltungsdauer des jetzt vorliegenden Gesetzentwurfes bis zum 30. April 1925.

Abg. Hampe (Wirtsch. Vgg.) begrüßte den vorliegenden Gesetzentwurf und erhofft von ihm eine beruhigende Wirkung auf die kleinen Gläubiger und Sparer. Der Entwurf sei natürlich nur eine vorläufige Zwischenlösung.

Abg. von Richthofen-Hannover (Dem.) erklärte den Zeitpunkt für eine materielle Erörterung der Aufwertungsfrage jetzt noch nicht für gekommen. Das Ziel, vor der endgültigen Lösung der Aufwertungsfrage den Gläubigern einen Aufschub zu verschaffen, sei durch den vorliegenden Entwurf der Antragsteller nicht erreicht, weil er nur eine Kann-Vorschrift enthält. Von den Demokraten werde deshalb die Umwandlung in eine Muß-Vorschrift beantragt. Gegen die Aufhebung der Verordnung vom 4. Dezember in diesem Augenblick bestünden wesentliche Bedenken.

Das neue Aufwertungsgesetz in drei Wochen.

Reichsjustizminister Frenken wiederholte die im Ausschuß abgegebenen Erklärungen, daß die Reichsregierung binnen drei Wochen den Entwurf eines neuen Aufwertungsgesetzes den gesetzgebenden Körperschaften zuweisen werde.

Abg. Dr. Scheter (Zentr.) wandte sich gegen die von den Sozialdemokraten beantragte Aufhebung der Verordnung vom 4. Dezember 1924. Er stimmte dagegen dem demokratischen Antrag zu, der die Kann-Vorschrift in eine Muß-Vorschrift umwandeln will.

Abg. Seiffert (Nationalsoz.) erklärte, die Freunde der Aufwertungsbewegung hätten das größte Interesse an der schnellen Übernahme des vorliegenden Entwurfes, damit endlich eine gewisse Rechtssicherheit und Ruhe bei den Gläubigern und Sparern eintritt.

Abg. Dr. Steiniger (Dtn.) begrüßte es mit Freude und Genugtuung, daß die Sozialdemokraten seinen Aufwertungsantrag möglichst schnell durchbringen wollten. Abg. Keil hätte sich inzwischen geradezu zum Aufwertungsfanatiker entwickelt. Es sei also für die Sparer und Gläubiger offenbar ganz gut, daß die Lösung der Aufwertungsfrage nicht schon im Februar erfolgt sei, wo die Aufwertungsfreunde noch nicht so zahlreich gewesen wären. Dem sozialistischen Antrage könnten seine

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719250207-10/fragment/page=0001

Freunde nicht zustimmen, man könne in diesem Augenblick nicht alles erreichen. Dem demokratischen Antrage auf Umwandlung der Kann-Vorschrift in eine Muß-Vorschrift würden sie jedoch gern zustimmen.

Abg. Höllein (Komm.) bezeichnete die Politik der bürgerlichen Parteien in der Aufwertungsfrage als Demagogie. Die Inflation in Deutschland sei ein künstliches Erzeugnis der Schwerindustrie zur Enteignung der kleinen Gläubiger und Sparer.

Abg. Ströbel (Soz.) meinte, das Unterdrückstellen der Regierung, wie es der Vorredner gemeint habe, genüge in dieser Frage nicht. Man müsse sie zwingen, endlich mit ihren Vorschlägen herauszukommen.

Damit schloß die erste Beratung. In der zweiten Beratung stellten die Sozialdemokraten den vor längerer Zeit von den Deutschnationalen eingebrachten Antrag auf Aufhebung der Verordnung vom 4. Dezember zur namentlichen Abstimmung. Diese Verordnung erklärte die 3. Steuernotverordnung mit ihren Ausführungen für rechtsgültig auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung. Der Aufhebungsantrag wurde mit 235 gegen 144 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten auch die Deutschnationalen. Der Gesetzentwurf wurde dann angenommen mit der von den Demokraten beantragten Umwandlung der Kann-Vorschrift in eine Muß-Vorschrift. Das Gesetz soll bis zum 30. April d. J. gelten.

Darauf vertagte sich das Haus auf Freitag.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Wohnungs- und Mietsfragen.

Der Ausschuß für Siedlungs- und Wohnungswesen des vorläufigen Reichswirtschaftsrats behandelte die Frage der Neuregelung der Wohnungswirtschaft. Der Ausschuß nahm eine Reihe von Leitsätzen zur Wohnungszwangswirtschaft an, in denen die Förderung der Bautätigkeit gefordert wird. Danach sollen die Neubauten auf die Dauer von etwa zehn Jahren von allen Steuern befreit werden. Neben der Aufwertung des Kapitals wird die baldige Wiederherstellung des Zinsendienstes für die aufgewerteten Hypotheken gefordert. Die Mieten sollen entsprechend der wirtschaftlichen Gesamtlage in absehbarer Zeit die Friedenshöhe erreichen.

Der Fall Kroner.

Der wegen Beleidigung der Magdeburger Richter im Ebert-Prozeß zu 3000 Mark Geldstrafe vom Berliner Schöffengericht verurteilte Landgerichtsdirektor Kroner hat, wie man hört, auch ein Disziplinarverfahren gegen sich zu erwarten. Bei dieser Gelegenheit würde die ganze Sache wahrscheinlich nochmals aufgerollt. Vermutlich wird Kroner auch die zweite Instanz wegen des gegen ihn ergangenen Urteils anrufen.

Die Staatsanwaltschaft gegen Untersuchungsausschüsse.

In dem nunmehr auch zusammengetretenen Untersuchungsausschuß des Reichstages in der Barmat-Affäre wurde darauf hingewiesen, daß die Gerichtsbehörden Einwendungen hätten gegen die Untersuchungstätigkeit des Reichstagsausschusses, während noch eine gerichtliche Untersuchung schwebe. Untersuchungsrichter und Oberstaatsanwalt sollen der Ansicht sein, daß die Tagung des preußischen Landtagsausschusses bereits ungünstig auf den Gang der Untersuchung eingewirkt habe. Nun soll dazu noch der Reichstagsausschuß treten. Bei der Debatte über die Sache erklärte der Vorsitzende, Abg. Saenger, es für bedauerlich, daß ein anderes Parlament hemmungslos in verschiedenen großen und langen Sitzungen Beweiserhebungen vornehme und das Reichsparlament jetzt zurückstehen solle. — Der Reichstagsausschuß will sich in den nächsten Tagen darüber schlüssig werden, ob den Einwendungen der Staatsanwaltschaft Folge zu leisten ist.

Großbritannien.

× Das englische Industrieschutzgesetz. In der letzten Sitzung des englischen Kabinetts kam die im ganzen Lande viel erörterte Regierungserklärung zum Schutze der einheimischen Industrie zur Sprache. Man steht in den nicht ausgesprochen schutzzöllnerischen Kreisen Englands auf dem Standpunkt, daß der Kabinettsbeschluß, nach dem die Regierung und nicht das Parlament zu bestimmen haben soll, welche Heimindustrien durch besondere Gesetze geschützt werden müssen, einer Schutzzollwirtschaft Tür und Tor öffne. Die geplanten Schutzmaßnahmen dürften vielleicht hie und da auch mit dem deutsch-englischen Handelsvertrag kollidieren.

Nordamerika.

× Ein Vorstoß gegen das Pariser Finanzabkommen. Im amerikanischen Senat griff Senator Johnson in schärfster Weise das Pariser Finanzabkommen an. Er bezeichnete es als einen Betrug gegenüber den amerikanischen Interessen, da die amerikanische Regierung durch eine Hintertür die europäische Politik fortsetze, die das amerikanische Volk bei den Präsidentenwahlen als erledigt betrachtet habe. Er streitet jedem amtlichen Vertreter Amerikas, auch dem Präsidenten das Recht ab, Amerika in Europas Angelegenheiten zu verwickeln.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags ist für Freitag einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht das Handelsabkommen mit Siam.

Berlin. Im Aufwertungsausschuß des Reichstages wurde der Aufwertungsantrag der Deutschnationalen abgelehnt, da nur Demokraten und Sozialisten für ihn stimmten.

Newyork. Der Senat hat die abgeänderte Resolution über die Einberufung einer neuen Abrüstungskonferenz angenommen, so daß diese Resolution nunmehr dem Präsidenten zur Unterschrift vorgelegt werden kann.

Newyork. Hiesige Blätter melden, daß der bisherige deutsche Botschafter Wiedfeldt am 5. Februar nach Deutschland abgereist sei.

Günstige Entscheidung für Danzig.

Polen legt Protest ein.

Danzig, 5. Februar.

Die Freie Stadt Danzig hatte bei dem Kommissar des Völkerbundes um eine Entscheidung darüber gebeten, ob der Anfang Januar dieses Jahres in Danzig eingerichtete polnische Postdienst sich auch außerhalb des der polnischen Regierung für diesen Zweck zugeteilten Gebäudes am Hevelinsplatz abwickeln dürfe und ob außerhalb dieses Gründstückes postalische Funktionen, besonders durch Briefträger und Briefkästen, zulässig seien. Auf diesen Antrag hat nunmehr der Völkerbundkommissar folgende Entscheidung gefällt: Der Post-, Telegraphen- und Telephondienst, zu dessen Einrichtung die polnische Regierung auf Grund des Vertrages von Paris berechtigt ist, bedeutet ein Postamt im Hafen von Danzig. Dieses Postamt ist dasjenige, welches der polnischen Postverwaltung auf dem Hevelinsplatz zugeteilt worden ist. Der durch diesen Postdienst von den Gebieten der Freien Stadt nach Polen und umgekehrt bewilligte Verkehr muß von diesem Gebäude nach den auf polnischem Gebiet gewählten Stellen gehen, und es dürfen keine postalischen, telegraphischen oder telephonischen Sendungen oder Mitteilungen auf anderem Wege angenommen oder ausgegeben werden.

Der Gebrauch von Briefkästen außerhalb der Grenze jenes Gebäudes und ein Einsammlungs- und Bestelldienst durch Briefträger in irgendeinem Teil des Gebietes der Freien Stadt ist unzulässig.

Die polnische Regierung hat, wie verlautet, gegen diese Entscheidung des Völkerbundkommissars sofort Protest beim Völkerbund eingelegt. Der Rat des Völkerbundes, der Anfang März in Genf zusammentritt, wird also als zweite und letzte Instanz die endgültige Entscheidung zu treffen haben.

Der Barmat-Konzern unter der Lupe.

s. Berlin, 5. Februar.

Immer tiefer gräbt sich der Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages in das Barmat-Geheimnis hinein, und ein Ende ist nicht abzusehen. Der Abgeordnete Heimann wird unter Kreuzfeuer genommen und befindet sich in der Abwehr. Über den Stand des Barmat-Konzerns in den Sommertagen des Jahres 1924 soll er Auskunft geben. Nach seiner Überzeugung ist der Konzern durch den früheren Staatsbankdirektor Hellwig gründlich hineingelegt worden. Auf Hellwigs Veranlassung seien Beziehungen zu J. Roth und Berlin-Burg aufgenommen worden, und das sei ein übles Geschäft gewesen: soviel Millionen als man brauchte, um diese notleidenden Firmen wieder aktiv zu machen, hätte selbst Barmat nicht zur Stelle schaffen können. Selbst der Staatsanwalt sei der Ansicht, daß Barmat nur „ein betrogener Betrüger" sei.

Ein paar Zwischenspiele.

Zwischenburch erfährt man, daß Barmat einmal „in inoffizieller Mission", sozusagen als Liebhaber-Diplomat, bei Macdonald gewesen ist. Das Reichspostministerium hatte ihn ausgesandt, damit er mit England über eine Änderung des Postabrechnungsverkehrs verhandle; für ihn selbst sollte dabei natürlich auch ein Profit abfallen, denn Geschäft bleibt Geschäft. Und dann wird wieder des Spritwebers Schatten beschworen: der Abg. Pinkerneil stellt fest, daß diesen berühmten Zeitgenossen nicht der Reichsminister Stresemann, sondern Frau Katharina von Oheimb in den volksparteilichen Klub eingeführt habe.

Dr. Falk auf dem Zeugenstand.

Worauf die Vernehmung des vielgenannten Ministerialdirektors Dr. Falk, der früher Leiter des Landespolizeiamts war, beginnen konnte. Dr. Falk hat, wie er versichert, die Brüder Barmat nie gesehen und nur aus den Zeitungen von ihnen gehört. Amtlich bekam er mit ihnen zu tun, nachdem der Kriminalkommissar Kinthammer ihre Geschäftsräume durchsorscht hatte. Die Haussuchung war vorgenommen worden, weil die Firma keine Großhandelserlaubnis gehabt habe. Der damalige Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt habe später erklärt, daß bei der Durchsuchung alles in schönster Ordnung gewesen sei. Die Barmats hätten keine Großhandelserlaubnis gebraucht, weil ihnen die oberste Behörde eine Einfuhrbewilligung erteilt habe. Grund hierfür: nebensächlich. Jedenfalls hätten sich für weitere polizeiliche Ermittelungen keine Anhaltspunkte ergeben. Da Dr. Falk weiteres nicht zu sagen wußte, konnte sich der Ausschuß nunmehr vertagen.

Eine Brandkatastrophe in Chikago

10 Tote, 100 Verletzte.

In Chikago geriet ein acht Stock hohes Wohnhaus in der West Side gegen Mitternacht aus bisher unaufgeklärter Ursache in Brand. Darauf brach unter den Einwohnern des Hauses, welches über hundert Parteien beherbergte, eine unbeschreibliche Panik aus. Die Feuerwehr erwies sich dem Wüten des Brandes gegenüber als machtlos, weil fast alle Feuerspritzen infolge der furchtbaren Kälte eingefroren waren. Aus den obersten Stockwerken des brennenden Hauses sprangen nacheinander Frauen, Kinder und Greise in die Tiefe, obwohl nicht genügend Sprungtücher vorhanden waren. Fast alle diese Unglücklichen blieben zerschmettert liegen. Außer zehn Toten, die in dem Gebäude verbrannt sind, gab es an hundert Verletzte bei dem Brandunglück, darunter zahlreiche Personen, welche schwere Erfrierungen erlitten, da sie bei einem Frost von 20 Grad unter Null fast unbekleidet aus dem brennenden Gebäude sich gerettet hatten.

Schlußdienst.

Vermischte Drahtnachrichten aus aller Welt.

Die Belastung der Industrie.

Berlin, 5. Februar. Auf Einladung des Reichsfinanzministeriums hatten sich heute zahlreiche Vertreter der wirtschaftlichen Verbände zu einer Besprechung über die im Gange befindliche Durchführung der Industriebelastung nach dem Londoner Abkommen eingefunden. Es wurden unter Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Popitz eine Anzahl von Fragen besprochen, die in der Wirtschaft zu Irrtümern, zum Teil auch zu einer gewissen Beunruhigung Anlaß gegeben haben. Im Augenblick kämen nur die Inhaberzeichner nicht veräußerlicher Einzelobligationen in Frage. Die Nachprüfung des Wertes der Betriebsvermögen für die veräußerlichen Einzelobligationen könne später vor einem Senat des Reichsfinanzhofes erfolgen.

Spiel und Sport.

Sp. **Ein Weltrekord des Schachmeisters Aljechin.** Der russische Schachmeister Aljechin hat in Paris einen Weltrekord im Blindspiel aufgestellt. Er spielte im Saal des „Petit Parisien" gegen 28 Gegner ohne Ansicht des Brettes, gewann 22, verlor 3 und beendete 3 Partien unentschieden. Das Turnier dauerte von 10 Uhr morgens bis 11 Uhr abends, wobei die Gegner Aljechins sich beliebig ablösen und vertreten lassen durften. Die 3 Gewinner gegen den russischen Meister waren nicht Einzelpersonen, sondern Schachvereine.

Börse und Handel.

* Berliner Börsenbericht vom 5. Februar. Charakteristisch war diesmal die schwache Beteiligung des Publikums, die Geschäfte wurden fast ausschließlich von der Spekulation durchgeführt und daher konnte sich eine rege Umsatztätigkeit nicht recht entwickeln. Lebhaft Spezialwerte wie Kattowitz, Kanada Pacific, Bochumer, Kaliwerte und Schutzgebietsanleihe waren rege gefragt. Am Geldmarkt scheint jetzt in der Tat eine gewisse Entspannung eingetreten zu sein, die Sätze für tägliches Geld haben sich auf 9—12 % ermäßigt. Die inländischen Anleihen waren mancherlei Schwankungen unterworfen, man ist sich zurzeit nicht recht klar darüber, was man vom Stande der Aufwertungsfrage zu halten hat, bzw. wie nun eigentlich eine Aufwertung vorgenommen werden soll.

* Die Berliner Devisenbörse vom 5. Februar nennt amtlich: Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,10—20,14; holl. Gulden 169,04—169,45; Danz. 79,70—79,90; franz. Frank 22,73—22,79; belg. 21,69—21,75; schweiz. 80,96 bis 81,16; Italien 17,47—17,51; schwed. Krone 113,02 bis 113,30; dän. 74,96—75,14; norweg. 64,19—64,35; tschech. 12,38—12,42.

* Der Großhandelspreis für Tafelmargarine stellt sich am 5. Februar auf 0,54—0,81 Mark je Pfund.

* Die Konkurse nehmen wieder zu. Die Anzahl der Konkurseröffnungen, die in den letzten Monaten des vorigen Jahres eine ausgesprochen sinkende Tendenz gezeigt hat, ist mit Beginn des neuen Jahres wieder angestiegen. Es wurden im Januar 757 Konkurse eröffnet (gegen 598 im Dezember, 647 im November und 752 im Oktober 1924).

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kilogr., sonst je 100 Kilogr.

	5. 2.	4. 2.		5. 2.	4. 2.
Weiz., märk.	251-256	248-252	Weizkl. f. Brl	16,8	16,8
pommerscher	—	—	Roggkl. f. Brl.	16,5-16,6	16,5-16,6
Rogg., märk.	2:0-254	247-250	Raps	400	400
pommerscher	—	—	Leinsaat	410-415	410-415
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	29-35	29-35
Futtergerste	220-240	220-240	kl. Speiseerbs	21-23	21-23
Braugerste	255-275	255-275	Futtererbsen	20-23	20-22
Hafer, märk.	187-195	187-195	Peluschken	18 19	18-19
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	20-22	20-22
westpreuß.	—	—	Wicken	18,5-20	18,5-20
Weizenmehl			Lupin., blaue	13-15	13-14
p. 100 Kil. fr.	)	)	Lupin., gelbe	16-18	16-16,2
Bln. br. inkl.			Seradella	17-19	17-18,5
Sack (feinst.			Rapskuchen	19,2-19,5	19,2-19,5
Mrk. fl. Not.)	35,5-37,5	35,5-37,2	Leinkuchen	25,5	25,5-26
Roggenmehl			Trockenschpl.	9,8-10	9,8-10
p. 100 Kil. fr.			ow. Zuckschn.	19-20	19-20
Berlin br.			Torfmll. 30/70	9,8	9,8
inkl. Sack	34,7-37,2	34,7-36,7	Kartoffelfl.	20,9-21,8	20,8-21,2

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Straßenraub. Am Abend des 16. Oktober traf ein 69jähriger Altersrentner N. die Wirtschafterin Elsa Reich aus Pankow bei Berlin, die sich damals stellungslos in Leipzig aufhielt. N. zeigte der Reich seine Brieftasche mit 88 Mark Rente, die er sich am selben Tage geholt hatte. Plötzlich packte ihn das Mädchen am Halse, drückte ihm die Gurgel zusammen, entriß ihm das Geld und verschwand. Sie ist nach einiger Zeit aufgegriffen worden und wurde jetzt nach nicht öffentlicher Verhandlung des Leipziger Schöffengerichts wegen Straßenraubes zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.**

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 7. Februar.

Sonnenaufgang	7^{00}	Mondaufgang	3^{00} N.
Sonnenuntergang	4^{50}	Monduntergang	6^{41} V.

1801 Daniel Chodowiecki in Berlin gest. — 1904 Japan bricht die diplomatischen Beziehungen mit Rußland ab.

□ **Überwachung der Lichtspieltheater.** Aus einem an sämtliche Polizeibehörden gerichteten Runderlaß des preußischen Ministers des Innern teilt der Amtliche Preußische Pressedienst mit: Nach zuverlässigen Feststellungen häuft sich die Zahl der Fälle, in denen Jugendliche Lichtspielvorführungen besuchen, zu denen sie auf Grund des § 3 Abs. 1 des Lichtspielgesetzes vom 12. Mai 1920 nicht zugelassen sind. Der Minister verweist auf die Ausführungsanweisung des preußischen Staatsministeriums vom 1. März 1923 und macht es allen Polizeibehörden zur besonderen Pflicht, die Lichtspielkontrolle mit allem Nachdruck durchzuführen und die strafrechtliche Verfolgung aller Zuwiderhandlungen zu veranlassen.

—* **Annaburg.** Der kirchliche Gemeindesaal in der Unteroffizier-Vorschule soll nächsten Sonntag abend zum ersten Mal in Benutzung genommen werden. Verschiedene Gemeindeglieder haben den Raum säubern und schmücken helfen; das Kriegshinterbliebenenheim hat freundlicher Weise noch Bänke und Stühle geliehen, einige Bilder und Ausrüstungsgegenstände sind geschenkt worden. Ein Gemeindeabend (nur für Erwachsene) mit Ansprachen, Gesängen und Gedichtvorträgen will die Gemeindeglieder der evang. Kirche sammeln und dadurch zur Förderung des kirchlichen Lebens beitragen.

—* **Annaburg.** „Die Stimme des Gewissens" betitelt sich ein Gesellschafts-Drama, das am Sonntag im Lichtspielhaus auf der Leinwand rollt. Wilde, ungezügelte Leidenschaften durchtoben dieses gewaltige Filmwerk. Zynisch leugnet ein durch harte Schicksalsschläge an sich selbst irre gewordener junger Mann jeglichen Glauben an ein dem Menschen innewohnendes, besseres Gefühl. Trotzig bäumt er sich auf gegen die bestehende Moral und läßt sich in seiner Handlungsweise bestimmen von haßerfüllten, rücksichtslosen Launen. Ruhig sieht er mit an, wie ein Freund wegen des von ihm selbst begangenen Verbrechens zum Tode verurteilt wird, aber am Tage der Hinrichtung des Unschuldigen meldet sich in ihm doch schließlich die Stimme des Gewissens.

Jessen. Wegen Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche in Rade, Kreis Schweinitz, dürfen Klauenviehmärkte bis auf weiteres hier nicht abgehalten werden.

Dommitzsch. Die hiesige Dommitzscher Margarinefabrik A.G. hat mit dem 28. Januar d. J., nachdem sie schon seit geraumer Zeit mit verkürzter Arbeitszeit den Betrieb aufrecht zu erhalten versuchte, die Margarinefabrikation eingestellt. Das Arbeitspersonal und die Angestellten sind bereits entlassen, bezw. gekündigt.

Wittenberg, 2. Februar. Ueber die Gründung eines Schützen-Gau-Verbandes fand gestern im Schützenhause eine Vorbesprechung statt, die von der hiesigen Schützengesellschaft einberufen und vom Schützenoberst Jahr geleitet wurde

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719250207-10/fragment/page=0002

Es waren 17 Schützengilden der Umgebung mit 55 Vertretern, außer den Angehörigen der hiesigen Vereine, erschienen. Da die Vertreter der erschienenen Gilden jedoch nicht im Besitze von Vollmachten ihrer Vereine waren, wurde zunächst beschlossen, eine Satzungskommission zu wählen, welche die Statuten ausarbeiten und den Vereinen übersenden soll. Im Prinzip erklärten sich alle Anwesenden mit der Gründung eines Schützenverbandes einverstanden. In der darüber erfolgten Abstimmung nach recht lebhafter Aussprache wurde beschlossen, daß bis Ende März die Gilden zu erklären haben, ob sie mit den Satzungen, die innerhalb 4 Wochen versandt werden, einverstanden seien; Anfang April soll dann die Gründungsversammlung des Verbandes oder Gaues stattfinden, welcher bezwecken soll, neben Pflege vaterländischer Gesinnung sich näher kennen zu lernen, das Kameradschaftsgefühl besser zu pflegen und mehr zu fördern, den Schießsport weiter auszubilden und durch Abhaltung jährlich eines Verbandsschießens mehr Anregung zu schaffen. Mit einem „Schutz Heil" schloß der Versammlungsleiter, welcher zuvor den Teilnehmern für das Erscheinen dankte, mit einem „Wiedersehen zur Gründungs-Versammlung" die Vorbesprechung.

Wittenberg, 2. Februar. Großstadt Wittenberg! soll durch Einverleibung der westlichen Vororte angestrebt werden und haben bereits Verhandlungen nach dieser Richtung hin stattgefunden. — Piesteritz selbst soll die Einverleibung Kleinwittenbergs anstreben; darum die eilige Arbeit der Stadt.

Eilenburg, 2. Februar. Vermißt wird seit vorigem Dienstag Gertrud Handke, geb. 6. Juni 1908 in Eilenburg. Sie war bei Herrn Blüthner, Hammermühle bei Düben, bedienstet, ist mittags per Rad nach Düben geschickt worden, Besorgungen zu machen, und nicht zurückgekehrt.

Biehla, 3. Februar. Die 18jährige Ella J. von hier verübte gestern früh Selbstmord, indem sie sich von einem Eisenbahnzug überfahren ließ. Der Lebensmüden wurde der Kopf vom Rumpfe getrennt.

Lautawerk. Im Postamt in Lautawerk ist in der Nacht zum 31. Januar ein dreister Einbruchsdiebstahl verübt worden. Dem Dieb, dem 27jährigen Bergpraktikanten Zaun, sollen dabei 15 000 Mark in die Hände gefallen sein. Der Dieb unterhielt ein Verhältnis mit einer auf dem Postamt beschäftigten Angestellten und hat sich vielleicht in Verbindung damit durch irgendwelche Umstände die Schlüssel zum Postamt verschafft. Er hatte aber wenig Glück mit seinem Raube. Da der Diebstahl baldigst bemerkt wurde und die Spuren des Diebes nach Ruhland führten, wurde die Verfolgung sofort aufgenommen. Ein dort fremder Mann machte sich in verschiedenen Geschäften bei Einkäufen dadurch verdächtig, daß er, nachdem er sich neue Kleidung gekauft hatte, die alten durchnäßten Sachen vorläufig zurücklassen wollte. Offenbar wollte er sich hierdurch unkenntlich machen. Infolge seines verdächtigen Benehmen wurde die Polizei aufmerksam auf ihn gemacht und dadurch die Verfolgung erleichtert. Es gelang, die verdächtige Person im Gasthaus zur Herberge zu stellen. Bei dem sofortigen Verhör verwickelte sich der Verdächtige in derartige Widersprüche, daß seine Inhaftnahme erfolgen konnte. Nach nutzlosem Leugnen bei der Polizeibehörde legte der Spitzbube, um den es sich tatsächlich handelt, bald ein reumütiges Geständnis ab. Der größte Teil der erbeuteten Gelder, 11 000 Mark, konnten ihm wieder abgenommen werden. Der überführte Dieb hatte die nächtliche Wanderung von Lautawerk bis Ruhland zurückgelegt, wohl nicht ahnend, daß ihn sein verdientes Schicksal so bald dort erreichen sollte.

— **Trauerfeier für Exzellenz von Hegel.** Bei der Trauerfeier für den früheren langjährigen Oberpräsidenten unserer Provinz in Merseburg war eine große Zahl prominenter Persönlichkeiten vertreten. Prof. Bithorn zeichnete ein Lebensbild des Verstorbenen, der ein schlichter und demütiger Mensch trotz der zahlreichen Ehrungen blieb, die im Laufe seines Lebens auf ihn gehäuft wurden. Am Sarge sprachen der Rektor der Universität, die Dekane der theologischen und medizinischen Fakultät, die Luthergesellschaft, die Evangelische Missionshilfe, der Evangelische Preßverband für Deutschland, der Reichsverband evangelischer Eltern- und Volksbünde. Ihre Vertreter hatten entsandt: der Evangelische Elternbund für die Prov. Sachsen, der Evangelisch-Soziale Preßverband, die Gefängnisgesellschaft, das Ev. Konsistorium, die Stadt Halle und Merseburg, die Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen. Die Beerdigung fand vom Dom aus auf dem alten Friedhof statt. Der Gardeverein schoß dem alten Kämpfer von 1870 die Ehrensalven über das Grab. Beileidsadressen waren eingegangen vom früheren Kaiser, von Hindenburg, von Mackensen, vom Reichsminister Oeser, Staatsminister Severing, Oberpräsident Hörsing und Reg. Präsidenten Grützner.

Kirchliche Nachrichten.

Ortskirche: Am Sonntag vorm. 1/2 10 Uhr: Predigtgottesdienst. Nachm. 1/2 3 Uhr: Kindergottesdienst.
Abends 8 Uhr: Einweihung des kirchlichen Gemeindesaales in der früh. Unteroffizier-Vorschule durch einen Gemeindeabend (nur für Erwachsene). Für Heizung und für zahlreiche Sitzplätze ist gesorgt.
Purzien: Sonntag nachm. 1 Uhr: Feierliche Einführung und Verpflichtung der neugewählten Gemeindeverordneten.

Markt-Kalender.

Am 7. Februar: Schweinem. in Schweinitz.
„ 9. „ Krammarkt in Schweinitz.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.
Reichsmietengesetz.

Wegen Berechnung der gesetzlichen Miete für den Monat Februar verbleibt es bei meiner Anordnung vom 29. Dezember v. J. betr. Regelung der gesetzlichen Miete vom 1. Januar d. J. ab.

Torgau, den 31. Januar 1925.

Der Landrat. J. V.: Duvigneau, Regierungsrat.

Veröffentlicht. Annaburg, den 6 Februar 1925.
Der Gemeinde-Vorsteher.

Kirchensteuern im Februar
und **freiwillige Beiträge zur Kirchkasse** können **jeden Mittwoch von früh 9 bis 7 Uhr abends** im Pfarrhause gezahlt werden; an den übrigen Tagen bei der **Girokasse** im Rathause.
Wir bitten wegen der dringenden Ausgaben der Kirchkasse um **baldige** Zahlung.
Der Gemeindekirchenrat.

Bekanntmachung.
Die **Anmeldung** der zu **Ostern d. Js. schulpflichtig werdenden Kinder** findet statt am **Mittwoch, den 11. Februar, von 11—1 Uhr mittags** in der Schule. Geburts-, Tauf- und Impfschein sind vorzulegen. Schulpflichtig werden alle Kinder, die in der Zeit vom 1. Oktober 1918 bis 30. September 1919 geboren sind.
Annaburg, den 4. Februar 1925.
Schröder, Rektor.

Holzversteigerung der Oberförsterei Thiergarten.
am **Dienstag, den 10. Februar 1925, vorm. 9 Uhr** im **Waldschlößchen** zu **Annaburg.**
Försterei Ischernick, Schlag Jagen 106 c. Erle: 72 rm Kloben, 58 rm Reis III. Kl.; Kiefer: 161 rm Kloben, 257 rm Reis III. Kl., 105 rm Stockholz zur Selbstwerbung.
Försterei Thiergarten, Durchforstung Jagen 132 b. Eiche: 40 rm Reis II. Kl., Sammelhieb K. Jagen 119, 143, 147, 148, 152. Kiefer: Stämme II./IV. Kl. 15 Stück mit 10 fm, 54 rm Kloben, 10 rm Knüppel, 6 rm Reis III. Kl.; Sammelhieb V. Jagen 116, 118, 119, 130/32, 135/38, 142, 146, 149/51, 155, 156. Birke: 13 Stangen I. Kl., 5 rm Kloben, 2 rm Knüppel. Erle: 1 rm Kloben. Kiefer-Stämme III./IV. Kl. 6 Stück mit 3,59 fm, 125 rm Kloben, 37 rm Knüppel.
Försterei Meuselko, Schlag Jagen 124. Birke: 2 Stämme V. Kl. mit 0,52 fm; Kiefer: Stämme II./IV. 107 Stück mit 67 fm.
Aenderungen bleiben vorbehalten. Nutzholz beginnt. Händler sind beim Nutzholz ausgeschlossen, dasselbe ist bestimmt für bedürftige Selbstverbraucher und kleine Handwerker. Zum Verkauf des Brennholzes sind nur Einwohner von Annaburg zugelassen. Die Bieter müssen sich auf Verlangen über die vorstehend geforderten Eigenschaften polizeilich ausweisen.

Grüne Heringe,
frisch eingetroffen, empfiehlt
Theobald Schunke.

Sauerkohl
in 1/1, 1/2, 1/4, t und ausgewogen empfiehlt
Adolf Weicholt.

Gänsefedern
aus erster Hand liefert billig. Preisliste gratis.
Rudolf Gielisch, Neutrebbin (Oderbruch)

Haben Sie freie Zeit?
So verdienen Sie zuhause! ca. 3—400 Mark monatlich Kenntn. Kapit. erford. Beruf Wohnort Nebensache Näh. **Schließfach 61. Charlottenburg 2.**

Zeichenblocks
wieder vorrätig.
Herm. Steinbeiß.

Dr. Thompsons Seifenpulver
spart Arbeit, Zeit und Geld
DR. THOMPSON'S SCHUTZ-MARKE SEIFENPULVER
Dr. Thompsons Seifenpulver (Marke Schwan) das Paket 30 Pfg.

Oberförsterei Annaburg
Nutz- und Brennholzverkauf
öffentlich meistbietend am **Donnerstag, den 19. Februar,** von **vorm. 11 Uhr** ab im Gasthaus **Schäfer** zu **Clöden.**
Jagen 154 b Kahlschlag: 188 Kiefer-Stämme mit 2,12 fm I. Kl., 45,66 fm II. Kl., 70,63 fm III. Kl., 20,05 fm IV. Kl., 107 rm Scheit, 28 rm Reisig III. Kl., 14 Kabeln Stockholz zum Selbstroden.
Jagen 156 Durchforstung. 5 Kiefer-Stämme mit 3,23 fm III Kl. u. 0,49 fm IV. Kl., 54 rm Scheit, 16 rm Reisig III. Kl.
Sammelhieb. Jagen 154—157: 1 Kiefer mit 0,68 fm III. Kl., 65 rm Scheit, 52 rm Knüppel, 19 rm Reisig II./III. Kl., 3 rm Eiche, Knüppel, 4 rm Eiche-Reisig III. Kl.
Aufmaßlisten sind vom Forstsekretär Bohm in Annaburg zu beziehen gegen Schreibgebühr und zu bestellen bis zum 11. Februar 1925.

Holz-Auktion.
Montag, den 9. Februar ds. Js. nachmittags 1 Uhr
werde ich im **Gasthofe** zu **Löben** von meinem am **Forsthause Meuselko** gelegenen Heideplan
ca. 100 Mtr. gutes Rollholz,
„ 6 Stangenhaufen, 5 m lg.,
„ 40 Zackenhaufen
öffentlich meistbietend verkaufen.
A. Kuhrmann, Löben.

Polizeiliche An- und Abmeldescheine
sind vorrätig in der **Buchdruckerei H. Steinbeiß.**

Nutzholz
jeder Länge und Stärke wird zum
Schneiden zu Brettern, Latten, Bauholz usw.
übernommen.
Mühlengut Annaburg
Klausenitzer.

Köhlers Deutscher Kalender
Wand-Kalender
Abreiß-Kalender u. Blocks
sind noch vorrätig und empfiehlt
Herm. Steinbeiß, Buchhandlung.

Möb. Zimmer
mit oder ohne Pension für 1 bis 2 Tage in jeder Woche gegen gutes Entgeld zu mieten gesucht. Briefliche Angebote unter Chiffre **1000** an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Einige Zentner
Speisekartoffeln
hat abzugeben
Otto Scheibe.

Eine frischmilchende
Kuh
steht zum Verkauf
Mühlenstr. 38.

Eine Kuh
von zweien die Wahl (1 hochtragend, 1 mit Kalb) verkauft
Enigk, Raundorf.

Sie staunen
über die grossartige Wirkung von
BEXALIT
bei Husten, Heiserkeit und allen Leiden der Atmungsorgane, die der Eintritt der rauhen Jahreszeit mit sich bringt.
Otto Stumpf A.-G. Chemnitz.
Zu haben in der
Apotheke Annaburg.

Ihr Schicksal
im Jahre 1925 erhalten Sie ausführlich gegen Einsendung von Geburtsdatum u. 1.— Mk. d. Astrologin Frau **Hertha Kokott, Berlin 717,** Alte Schönhauserstraße Nr. 9.

Laden
in nur erstklassiger Lage
von größerem Unternehmen für **sofort oder später gesucht.** Inhaber(in) wird evtl. als Filialleiter(in) übernommen. Angebote erbitte an
Arthur Lampert,
Seifen und Parfümerien,
Luckenwalde.

Damenschneiderei eingerichtet
Helene Arndt, Mittelstr. 17.

Sämtliche Bau-Artikel:
Eiserne Träger und Säulen,
letztere auch nach Maßangabe in allen Stärken werden **sofort** angefertigt.
Front- und Grabgitter, Eiserne Fenster und Oberlichte, Türen und Torwege
vom Lager und nach Maß.
Eiserne Dachbinder, sämtl. Ofenbau-Artikel, Tonrohre.
Eiserne Pumpen mit Rohr und Sauger, sowie **komplette Wasserleitungen. Stallgitter** für Schweineställe, **Schweinetröge :: Krippenschalen.**
Wilhelm Grahl.

Zahn-Atelier Georg Consentius
staatl. geprüfter Dentist
Annaburg, Torgauerstr. 31
Telefon Nr. 23
empfiehlt sich zur **Behandlung aller Zahnkrankheiten, Plomben in Gold, Silber, Porzellan, Cement, Zahnziehen mit Betäubung, jede Art künstl. Zahnersatzes**
Behandlung für Krankenkassen.
Sprechstunden täglich 8—3 Uhr.

Rechnungsformulare
in allen Größen vorrätig. **Herm. Steinbeiß.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719250207-10/fragment/page=0003

Kleiderstoffe in Wolle, Seide und Sammet, **Kleiderstoffe** zur Konfirmation sowie Neuheiten in Voile u. Wollmusselin **Carl Quehl**

Eröffnung

meiner neuen Geschäfts-Lokalitäten

Ackerstraße/Ecke Friedhofstraße

Sonnabend früh 8 Uhr.

Indem ich für das mir bisher in so reichem Maße bewiesene Wohlwollen verbindlichst danke, bitte ich, mir dasselbe auch fernerhin bewahren zu wollen.

Hochachtungsvoll

E. Peschke.

Gerade für Wollwäsche-

Persil

Jumper, Westen, Strickkleider, all die modernen Sachen in ihren mannigfaltigen Arten und Farben, lassen sich hervorragend mit Persil waschen; sie werden prachtvoll im Aussehen und behalten die Form. — Man wäscht Wollsachen natürlich immer handwarm.

Auf Teilzahlung!

Nähmaschinen, Zentrifugen, **Fahrräder**, Kinderwagen, Wäschemangeln.

Ferner empfehle meine **Reparatur-Werkstatt** sowie **Emaillier-Anstalt** zur gefl. Benutzung.

Fritz Rödler, Annaburg.
Fernruf Nr. 53.

Wehrwolf
(Ortsgruppe Annaburg.)
Montag, den 9. Februar 1925, findet im „Siegeskranz" eine
außerordentliche Versammlung
statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist Erscheinen **Pflicht.**
Beginn 8 Uhr.

Jahn's Zement-Dachsteine

haben die **guten Eigenschaften der besten Bedachungen**, aber ohne deren Nachteile, weil sie nur aus den ausgesuchtesten **besten Stoffen**, die dazu verwendet werden dürfen, hergestellt sind.

Wer solche verwendet, hat allzeit sein Heu im Trockenen. — Bitte fragen Sie

Lothar Jahn in Jessen.

Zahn-Atelier
Annaburg, Torgauerstraße 27, im Hause Konditorei Schüttauf.
Sprechstunden für Zahnkranke: Jeden Montag v. 9—1 und 2—6 Uhr.
E. Pape, Dentist
Wittenberg.

Spielkarten
empfiehlt **H. Steinbeiß.**

Sonntag, den 8. Febr., nachm. 2 Uhr
Hartenfels I. Torgau gegen Fußball-Club Annaburg I.

Ich bin unter
Nr. 57
an das Fernsprechnetz **Annaburg** angeschlossen.
Richard Lohmann,
Fleischermeister.

Unerreicht
in **Güte und Preiswürdigkeit** sind die
Annaburger Delikateß-Würstchen und Bockwürstchen in Dosen.
Stets zu haben bei:
Paul Thäle, Fleischermstr.
Spezialität: Herstellung von **Dosen-Würstchen.**

Großes Sonder-Angebot in Schokolade und Kakao.
5 Tafeln à 100 Gramm
feinste Speise-Schokolade nur 1.00 Mk.
Haushalt-Kakao, Pfd. 75 Pfg.
feinst. Holländ. Kakao, Pfd. 1.00, 1.20
ferner empfehle
Amerik. Schweineschmalz
Pfd. 95 Pfg. und
feinste Tafel-Margarine
Pfd. 58 Pfg.
Theobald Schunke.

Wohnungs-Einrichtungen und Einzelmöbel
in jeder Holzart liefert in feinster Werkstättenarbeit
Wilh. Kunze, Annaburg
Bau- und Möbeltischlerei, Sarg-Magazin.

Zur Erhöhung der Erträgnisse

in der Viehhaltung ist die Beifütterung des altbewährten Futterzusatzes
„Zwerg-Marke"
unentbehrlich.
Echt nur in gelben Orig.-Packungen mit nebenstehender Schutzmarke — nie lose!

Schutzmarke

M. Brockmann Chem. Fabr. m. b. H., Leipzig-Eutr. Zu haben in **Annaburg** bei **O. Schwarze**, Drogen; **J. G. Fritzsche**, Kolonialwaren.

Poesie-Albums
in schöner Auswahl empfiehlt **Herm. Steinbeiß.**

Ein Posten
Herrenstoff-Reste
passend für **Knabenanzüge** und **Kostümrocke** sehr preiswert abzugeben
H. Arndt, Mittelstraße 17.

Achtung!
Meiner werten Kundschaft zur Kenntnis, daß ich **von heute an wieder dauernd** in meiner Werkstatt **Niederestraße Nr. 37** tätig bin.
Hochachtungsvoll
Wilhelm Ilsitz.

Versandkartons,
verschiedene Größen, sind wieder vorrätig.
Herm. Steinbeiß, Papierhandlg.

Kreislandbund
Ortsgruppe Annaburg.
Freitag abend 8 Uhr
Versammlung
im „Siegeskranz". **Der Vorstand.**

„Goldener Ring":
Sonntag, den 8. Februar, d. Js. von 6 Uhr ab:
große öffentl. Ballmusik.
Hierzu ladet freundlichst ein
Max Däumichen.

Auf vielseitiges Verlangen
Sonnabend und Sonntag nochmals
Anstich v. echtem Salvator
aus der **Paulaner Brauerei München.**
Bahnhofs-Wirtschaft.

Palast-Theater.
Das auserlesene Programm für
Sonnabend und Sonntag:
„Die Regimentstochter"
(Unter zwei Flaggen).
Ein Großfilm in 8 Akten aus der Universal-Juwel-Produktion New-York. Hauptdarstellerin: die berühmte **Priscilla Dean.**

Wo ist der Hund?
Eine amerikanische Groteske, amüsant.
NB: Meinen verehrten Theaterbesuchern teile ich noch ganz besonders mit, daß die Motorschäden in jeder Hinsicht beseitigt sind und lade zu diesen großen Abenden nochmals ganz besonders ein **die Direktion.**

Arb.-Radf.-Verein
Colonie-Raundorf
veranstaltet am **Sonnabend, den 7. Februar**, einen
Eltern-Abend
mit anschließendem **Ball.**
Alle Sportsgenossen, Erzieher, Freunde und Gönner sind herzlichst willkommen.
Anfang 7 Uhr. **Der Vorstand.**

Lichtspielhaus.
Sonntag, den 8. Februar, abends 8½ Uhr
Die Stimme des Herzens.
Gesellschafts-Drama in 5 Akten mit **Liana Heidt.**
Allways late (Immer zu spät).
Komödie in 2 Akten.

Statt Karten.
Für die uns zu unserer Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir allen, auch im Namen unserer Eltern, herzlichen Dank.
Fleischermstr. Gustav Dubro jun. u. Frau Dora geb. Kästner.

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719250207-10/fragment/page=0004

Das Volksernährungsproblem

ist eine Wissenschaft der modernen Zeit für sich. Es muß vom wirtschaftsökonomischen, vom medizinisch-hygienischen und nicht zuletzt vom politischen Standpunkt aus betrachtet werden. Dazu kommen noch klimatische und lokale Eigenarten der betreffenden Länder, die nicht außer acht gelassen werden dürfen. Wir haben in den schweren Kriegs- und Nachkriegsjahren am eigenen Leibe verspürt, welchen Einfluß die politischen Verhältnisse auf die Volksernährung

Die Volksernährung bei den europ. Grossmächten.

Es verbrauchten pro Jahr und Kopf in Kg:

	DEUTSCHLAND	ENGLAND	FRANKREICH	ITALIEN	RUSSLAND
Brot	165	162	233	192	150
Kartoffeln	180	90	120	25	120
Zucker	21	42	22	5	11
Fleisch	50	60	45	20	25
Fische	9	22	6	3	7

haben können, obzwar die von unseren Feinden uns auferlegte Blockade ein krasser Ausnahmefall war und schon völkerrechtlich eine Ungeheuerlichkeit darstellt, wie sie ähnlich in der Weltgeschichte nicht verzeichnet steht. Inzwischen haben sich die Verhältnisse wieder etwas eingeebnet. Naturgemäß sind wir in unserem verarmten und unserer besten Ueberschußgebiete beraubten Deutschland noch lange nicht zu unserer normalen Lebenshaltung zurückgekehrt, und werden wohl auch noch recht lange an einer mehr oder minder verschleierten Unterernährung zu leiden haben. Ein Vergleich zwischen den einzelnen verbrauchten Nahrungsmitteln der verschiedenen europäischen Länder läßt beachtenswerte Schlüsse auf die Eigenarten dieser Völker vom geographischen, klimatischen, politischen und natürlich wirtschaftlichen Standpunkt zu. Der größte Fleischfresser ist nach wie vor der Engländer, der nicht weniger wie 60 Kilogramm davon pro Kopf konsumiert. Wir kommen bald hinterher mit 50 Kilogramm, während der frohlebige Italiener, das Kind des Südens, sich mit kaum 20 Kilogramm begnügt. 233 Kilogramm Brot auf den Kopf gerechnet, wird in Frankreich verbraucht. Dann folgt Italien mit 192 Kilogramm und dann erst Deutschland mit 165 Kilogramm pro Kopf. Auffallend ist der geringe Zuckerverbrauch des Italieners, der mit 5 Kilogramm pro Jahr und Kopf angegeben wird. Der stärkste Kartoffelesser ist natürlich unser lieber Michel, für den 180 Kilogramm auf den Kopf eben eine nicht allzugroße Portion bedeutet. Frankreich und Rußland folgen ihm mit 120 Kilogramm. Obgleich sich der Fischkonsum durch die verbesserten und ausgebauten Methoden unserer Fischereiwirtschaft in Deutschland bereits ziemlich gesteigert hat, stehen wir mit 9 Kilogramm pro Jahr und Kopf doch noch ganz beträchtlich hinter England zurück, das einen Fischkonsum von 22 Kilogramm zu verzeichnen hat.

Steuerkalender für die Zeit vom 1. bis 28. Februar 1925.

Von Dr. Carl Dorst.

5. Februar: Lohnsteuer. Abführung der Steuerabzüge für die Zeit vom 21. bis 31. Januar 1925. Steuersatz: 10 v. H. vom Lohn oder Gehalt, soweit er 60 M. monatlich, 15 M. wöchentlich oder 2,50 M. täglich übersteigt. Ermäßigung um 1 v. H. für jedes unterhaltungsberechtigte Haushaltungsmitglied. Keine Schonfrist.

10. Februar: Umsatzsteuervoranmeldung und -zahlung der Monatsgelder für den Monat Januar. Sowohl für Voranmeldung wie Zahlung eine Schonfrist von 7 Tagen bis zum 17. Februar einschließlich. Steuersatz: 1,5 v. H. des steuerbaren Umsatzes. Besondere Bestimmungen für Zwischenhandels-Einfuhr- und -Ausfuhrgeschäfte.

10. Februar: Einkommen- und Körperschaftssteuervoranmeldung und -vorauszahlung der Gewerbetreibenden, und zwar der Monatszahler, für den Monat Januar. Steuersatz: Grundsätzlich 1,5 v. H. der Betriebseinnahmen im Januar nach Abzug der Löhne und Gehälter. Jedoch Sondervorschriften für einzelne Gewerbetreibende. Körperschaftssteuerpflichtige Erwerbsgesellschaften haben als Mindestbetrag ¾ v. T. des steuerbaren Vermögens zu zahlen. Schonfrist 7 Tage bis zum 17. Februar einschließlich.

10. Februar: Vorauszahlung der Monatszahler auf die Preußische Gewerbesteuer für den Monat Januar. Steuersatz: 10 v. H. der Vorauszahlung auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer als Grundbetrag, der nicht erhoben wird. Hierauf Gemeindezuschlag. Unter Umständen auch Lohnsummensteuer oder eine Steuer nach dem Gewerbekapital. Schonfrist für die nach dem Ertrage berechnete Gewerbesteuer 7 Tage bis zum 17. Februar einschließlich.

15. Februar: Lohnsteuer (siehe 5. Februar) für die Zeit vom 1.—10. Februar.

15. Februar: Preußische Grundvermögensteuer. Steuersatz: Je nach Art des Grundstücks 10 bis 25 Pf. für je 1000 M. des Ergänzungssteuerwertes. Hierzu evtl. Zuschläge der Gemeinden. Schonfrist 7 Tage bis zum 22. Februar einschließlich.

15. Februar: Preußische Hauszinssteuer. Steuersatz: 600 v. H. der veranlagten vorläufigen Steuer vom Grundvermögen. Außerdem noch Gemeindezuschlag möglich. Schonfrist: 7 Tage bis zum 22. Februar einschließlich.

25. Februar: Lohnsteuer für die Zeit vom 10. bis 20. Februar (siehe oben).

Vermischtes.

= **Übertragbare Krankheiten in Preußen.** Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, sind in Preußen in der Zeit vom 2. bis 29. November nachstehende Erkrankungen (Todesfälle) an übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet worden: Diphtherie 2257 (111), Fleckfieber 1, übertragbare Genickstarre 24 (16), Kindbettfieber 437 (91), spinale Kinderlähmung 31 (2), Körnerkrankheit 161, Lungen- und Kehlkopftuberkulose 3846 (1949), Milzbrand 3 (1), Pocken 2, übertragbare Ruhr 192 (12), Scharlachfieber 2364 (38), Tollwut 2 (2), Unterleibstyphus 1084 (92), Fleisch-, Fisch- und Wurstvergiftung 24, Bißverletzungen durch tolle oder tollwutverdächtige Tiere 75.

= **Faschingtreiben auf dem Kirchhof.** In Castelbeforte bei Mantua fand ein unerhört groteskes Leichenbegängnis statt. Ein reicher Sonderling, namens Dalcollo, war gestorben, und seine Beerdigung vollzog sich genau nach dem letzten Willen des Toten. An der Spitze des Leichenzuges tänzelte ein Harlekin mit einer Fahne und dann folgten die Leidtragenden, die alle Maskenkostüme angelegt hatten. Vor Ostiena, in der Nähe des Kirchhofes, machte der sonderbare Zug halt, und es begann ein wildes Zechgelage, wobei ein Faß Wein über den Sarg gegossen wurde. Dann wurde bei Tanzmusik der Weg zur Gruft fortgesetzt. Im Trauergefolge befanden sich auch Vertreter der Gemeindebehörden.

= **Ein Wolkenkratzer zu Ehren Edisons.** Als ein Zeichen der Dankbarkeit für die großen Leistungen auf dem Gebiete der Elektrizität, die Thomas Alva Edison vollbracht hat, will man ihm zu Ehren in Newyork ein 20 Stock hohes Gebäude errichten. Der Wolkenkratzer, dessen Grundstein von Edison selbst gelegt wird, soll sich im Zentrum von Newyork erheben und wird eine Eingangssäulenhalle haben, in der die 7 Meter hohe Bronzestatue des Erfinders aufgestellt wird. Das Gebäude wird außer Bureaus ein großes Elektrizitätsmuseum erhalten, in dem alle Modelle der Edinsonschen Erfindungen sowie auch die Apparate anderer Erfinder ihren Platz finden sollen.

= **Die holländische Staatslotterie stirbt aus,** und zwar im wörtlichen Sinne. Die seinerzeit angestellten Loseverkäufer haben ein Alter erreicht, das sie unfähig macht, noch ihr Amt zu versehen; viele sind bereits gestorben. Die Regierung hat einen Gesetzentwurf eingebracht, die Lotterie überhaupt eingehen zu lassen. Dies soll allmählich geschehen; das Ende soll erfolgen, wenn die Anzahl der verkauften Lose auf ein Viertel gesunken ist. Die Einnahme, die der Staatskasse bisher aus der Lotterie zufloß, betrug 600 000 Gulden.

= **Der Erfinder der aufklebbaren Briefmarke.** Die Erfinder der Dinge, die wir im täglichen Leben benutzen, sind zumeist in Vergessenheit geraten. Bei der Briefmarke weiß man indes noch Bescheid. Ihr Erfinder war der Verlagsbuchhändler James Chalmers, geboren zu Arbroath in Schottland am 2. Februar 1782. Dieser fertigte im Jahre 1834 die erste aufklebbare Briefmarke an und legte sie mit einer Denkschrift dem englischen Parlament vor.

= **Die Russen dürfen ihre Namen wechseln.** Die Pariser Blätter melden, daß ein soeben publiziertes russisches Gesetz es den Bürgern der Sowjetunion gestatte, Vor- und Zunamen nach Belieben zu wechseln. Jeder Bürger von achtzehn Jahren habe das Recht auf eine solche Namensänderung. Zu diesem Zwecke genüge eine Erklärung bei der Zivilbehörde, die dann noch in der offiziellen Staatszeitung veröffentlicht werden muß. Die Söhne tragen von Rechts wegen den neuen, von ihrem Vater erwählten Namen, aber sie können nach erlangter Großjährigkeit diesen neuen Namen wieder ablegen und auf den früheren zurückgreifen. Eine andere Verordnung der Regierung in Leningrad verbietet den Gebrauch von gemeinen und obszönen Worten bei einer Strafe von einem Goldrubel.

= **Identifizierung durch Radio.** „Newyork Herald" berichtet: Ins städtische Hospital von Chicago wurde kürzlich eine bewußtlose Frau eingeliefert. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß sie vollständig ihr Gedächtnis eingebüßt hatte. Man ließ sie nun vor einem Aufnahmeapparat einige Sätze sprechen und fügte im Rundfunk die Bitte hinzu, daß, wer die Stimme zu kennen glaube, sich beim Spital melden wolle. Eine Tante der Kranken, die in St. Louis wohnt, erkannte die Stimme denn auch und reiste unverzüglich nach Chicago. Beim Anblick der alten Dame wurde die Kranke vollkommen von ihrer Gedächtnisschwäche geheilt.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Ein Graf zu Gefängnis verurteilt.** Das Münchener Gericht verurteilte einen bereits wegen Diebstahls vorbestraften Grafen Gottfried v. Schwerin, der seine Eltern bestohlen hatte, zu einem Jahr Gefängnis. In der Verhandlung behauptete Graf Gottfried, seine Mutter habe ihn schon in seiner Jugend zum Stehlen ausgeschickt.

§ **Verurteilung eines Wunderdoktors.** Der Hamburger Wunderdoktor Ernst Julius Buchholz, vor dessen Krankheitsdiagnosen (auf Grund eines Büschelchens von Nackenhaaren des Leidenden) öffentlich gewarnt wurde, ist wegen fahrlässiger Körperverletzung verurteilt worden. Im vorigen Jahre kam eine Frau zu ihm, die ihm Haare ihrer Schwiegermutter brachte. Buchholz erklärte, daß die Leidende von einer Wunde geplagt sei. Das war richtig. Auf die Frage, ob die Kranke ein Krankenhaus aufsuchen solle, erwiderte er, das sei nicht nötig, er werde sie durch eine Salbe in sechs Wochen heilen. Aber nach dem Gebrauch der Salbe verschlimmerte sich das Leiden außerordentlich und die Kranke starb. Ein Teil der Schuld an dem schlimmen Ausgang wurde dem Angeklagten zur Last gelegt. Die Ärzte sagten aus, daß es unmöglich sei, aus dem Befund des menschlichen Haares auf das Vorhandensein irgendeiner Krankheit schließen zu wollen. Buchholz wurde zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt.

§ **Ein Gattenmörder freigesprochen.** In Wien wurde der Gattenmörder Rudolf Fiedler, der Sohn des Generals Baron Fiedler, von der Anklage des Betruges und der Veruntreuung freigesprochen. Die Frage des Mordes an seiner Gattin wurde mit acht Nein- gegen vier Jastimmen verneint. Als Fiedler in den Saal geführt wurde, war er sehr bleich. Er schien auch zuerst das Urteil nicht zu begreifen. Seine Entlassung wurde sofort verfügt.

Fürstin Laja.

59] Roman von **Erich Ebenstein.**

Wiemanns Zeitungs-Verlag, Berlin W. 66. 1923.

„Er wird es bestimmt! Und es wird dann eine andere, höhere Liebe sein, als zwischen uns Alltagsmenschen. Wir werden unseren Kohl pflanzen in Dollenau und Großmama verhätscheln und glücklich sein dabei. Ihr aber — na, es schwebt mir so vor, als ob das Glück bei euch beiden ganz was Besonderes sein müßte. Oder glaubst du nicht, daß die den Himmel zehnfach genießen, die erst durch die Hölle gewandert sind?"

Sylvia stand auf. Sie konnte es nicht mehr ertragen, ihn von einem Glück sprechen zu hören, an das sie nicht mehr glaubte. „Hör auf!" stammelte sie, „hör auf, Walter! Du tust mir weh!"

Er blickte sie bestürzt an. „Verzeih —"

„Laß nur, lieber Walter, ich weiß ja, daß du es gut meintest. Aber es ist spät — ich möchte doch noch nach Rainer sehen."

Walter stimmte eifrig zu. „Freilich, das mußt du! Darf ich dich hier noch erwarten, um zu hören, wie es ihm geht?"

Sylvia nickte und ging.

Achtzehntes Kapitel.

Leise und zaghaft klopfte sie an Rainers Tür. Es war noch niemals vorgekommen, daß sie ihn aufgesucht hatte, und das Herz klopfte ihr bis an den Hals hinauf.

Drinnen gab es ein Geräusch, als stünde jemand schwerfällig auf.

„Wer ist draußen?"

„Ich — Sylvia. Ich wollte nur fragen, wie es dir geht?" Ihre Stimme klang weicher, als sie ahnte.

Die Tür wurde hastig aufgemacht, und Rainer stand vor ihr.

„Du bist noch auf?" fragte Sylvia verwirrt. „Ich dachte —"

„Ich hatte Kopfweh und wollte — nicht gestört sein."

„Dann verzeihe — ich fürchtete, du seiest wirklich krank." Sie wollte sich wieder entfernen.

Aber Rainer trat ins Zimmer zurück und sagte: „Bitte, tritt einen Augenblick ein, ich hätte mich sonst ohnehin noch bei dir melden lassen, da ich dir etwas zu sagen habe. Es wird nicht lange dauern."

Mechanisch gehorchte sie, während ihr Herz ängstlich zu klopfen begann. Was würde er ihr sagen?

Auf dem Tisch brannte Licht, ein angefangener Brief lag daneben.

„Willst du nicht Platz nehmen?"

„Danke!" murmelte Sylvia und blieb stehen.

Auch Rainer war stehen geblieben. Ohne sie anzusehen, sagte er hastig: „Es hätte keinen Zweck, lange Worte zu machen. Du fühlst dich unglücklich an meiner Seite, und ich biete dir daher die Freiheit an. Bist du einverstanden?"

Ein Zittern lief durch Sylvias Körper. Unwillkürlich legte sie die Hand auf eine Stuhllehne, als fürchtete sie, ohne diese Stütze sich nicht länger aufrecht halten zu können. Sie brachte kein Wort heraus. Mit erschreckten Augen starrte sie auf Rainer, der halb abgewendet dastand, weil er fürchtete, die Fassung zu verlieren, wenn er sie in diesem Moment ansah. Er war überzeugt, daß es bei seinen Worten freudig in ihren Augen aufleuchten würde, und dann wäre es mit seiner Kraft vielleicht doch vorbei gewesen.

Eine unheimliche Stille herrschte in dem Gemach. Man hörte nur die raschen tiefen Atemzüge der beiden und das leise eilige Ticken der kleinen Standuhr auf Rainers Schreibtisch.

Als Sylvia immer noch schwieg, betäubt von dem unerwarteten Schlag, wandte er sich nun doch um, verwundert über ihr Schweigen. „Nun — bist du einverstanden?" wiederholte er noch einmal. Und er gewahrte plötzlich das Entsetzen in ihrem leichenblaß gewordenen Gesicht und stutzte. Er trat einen Schritt näher. „Ich dachte, du wolltest es so, Sylvia? Zwischen dir und deinem Glück stehen — das möcht ich nicht länger."

Sie sah ihn fassungslos an. „Zwischen mir — und — meinem Glück?" murmelte sie. „Warum willst du denn mir aufbürden, was doch nur auf den Wunsch der Fürstin Laja geschieht und — auf deinen eigenen?"

„Lassen wir die Fürstin aus dem Spiel!" versetzte Rainer finster. „Sie hat mit dem, was ich dir sagte, nichts zu tun."

Eine unendliche Bitterkeit quoll in Sylvia auf. Warum war er nicht jetzt wenigstens offen gegen sie? Sollte sie sich denn auch das noch aufbürden lassen, daß sie die Schuld tragen sollte an diesem letzten schrecklichen Schritte?

„Ich begreife nicht, weshalb du deine wahren Beweggründe mir gegenüber verleugnen willst," sagte sie so ruhig, als es ihr möglich war. „Hat dir die Fürstin denn nicht gesagt, daß — daß ich längst alles weiß? Sie ist doch sicher heute noch mit dir zusammengetroffen, nachdem sie Riedenau verließ?"

Er zuckte zusammen und senkte unwillkürlich den Kopf. „Ja," kam es kaum hörbar über seine Lippen.

Sylvia fuhr mit wachsender Bitterkeit fort: „Dann sage es doch lieber ehrlich, daß ihr mich los sein wollt! Sie hat es mir ja ohnehin schon angekündigt, wenn ich auch nicht glaubte, daß du so prompt nach ihren Befehlen handeln würdest."

Rainer empfand, wie der Zorn, welcher ihn heute Laja gegenüber erfaßt hatte, wieder in ihm aufstieg. Scharf fiel er Sylvia in die Rede: „Ich handle nach niemands Befehlen! Und Laja hatte nicht das mindeste Recht, dir etwas Derartiges anzukündigen. Wenn ich dir die Freiheit anbiete, so geschieht es einzig und allein mit Rücksicht auf dich. Ich habe leider zu spät erkannt, daß dein Herz nicht mir, sondern Walter von Sternberg gehört, und ich habe nach dem Vorgefallenen kein Recht, dich länger von ihm zu trennen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719250207-10/fragment/page=0005

Haus- und Landwirtschaftliches.

Der Gitterrost der Birnbäume.

Sehr häufig kann man an den Blättern der Birnbäume die Flecken beobachten, welche der Gitterrost hervorruft. Manchmal tritt die Krankheit auch an den jungen Trieben und an den Früchten auf. Die Gitterrostflecke sind an den Blättern schon von weitem an der auffallenden orangeroten Farbe zu erkennen, die sich auf der Blattoberfläche zeigt und den Eindruck macht, als bestünde sie aus lauter feinen Tätowierungspunkten. Auf der Blattunterseite dagegen entstehen fleischige, mehr hellrote Polster, an denen man bei mäßiger Vergrößerung, aber auch schon mit bloßem Auge, spitzige, hellhäutige Warzen entdeckt. Zerdrückt man diese,

so bemerkt man, daß sie mit einem ziegelroten Pulver gefüllt sind, welches den Samen, die sogenannten Sporen, des Rostpilzes darstellt.

Die Bekämpfung kann nicht unmittelbar erfolgen, denn der Gitterrostpilz ist ähnlich wie der Getreiderost eine wirtwechselnde Pflanze. Der Zwischenwirt ist der Sadebaum, ein Nadelholz, welches in Gärten und Anlagen sehr häufig anzutreffen ist, da es überaus bescheidene Ansprüche an Boden und Pflege stellt. Ein vom Gitterrost befallener Birnbaum kann also keinen anderen Birnbaum anstecken, sondern die Krankheit nur auf einen Sadebaum übertragen. An diesem treten meist im Herbst, denn der Sadebaum beherbergt die sogenannten Wintersporen des Rostpilzes, am Stamm und an den Zweigen dunkelbraunrote, korkartige Gebilde auf, die bei nassem Wetter zu klebrigen, gallertartigen Massen aufquellen, die später abtrocknen und

kaum eine Spur hinterlassen. Auch die Sadebäume können sich gegenseitig nicht anstecken. Sie geben ihrerseits die Krankheitskeime nur an benachbarte Birnbäume ab, die im nächsten Sommer die Folgen zeigen.

Die Bekämpfung des Übels ist also die denkbar einfachste: in der Nähe von Birnenpflanzungen dürfen keine Sadebäume geduldet werden, dann ist die Gitterrostpilzkrankheit im nächsten Jahre ausgerottet. Doch soll man darin nicht zu weit gehen, wie es stellenweise bei der Bekämpfung des Getreiderostes geschieht, wo man den schönen Berberitzenstrauch völlig auszurotten versucht, weil er in diesem Falle der Zwischenwirt ist. Um den Sadebaum, diese Zierde unserer Anlagen und Vorgärten, wäre es schade, und der Gitterrost der Birne ist allem Anscheine nach keine gefährliche Krankheit. Die Blätter müssen schon sehr reichlich befallen sein, wenn eine wahrnehmbare Schwächung des Baumes eintreten soll. Unangenehm und wirklich schädlich ist nur die Beschädigung der Früchte überall da, wo Wert auf Form und Schönheit des Qualitätsobstes gelegt wird.

Der unschätzbare Leinsamen.

Ein wahres Universalmittel für unsere Haustiere in gesunden und kranken Tagen ist der Lein- oder Flachssamen. Früher wendete man denselben fast nur zu Heilzwecken an, und zwar sowohl innerlich in Form von Heiltränken bei Lungen-, Magen- und Darmkatarrhen sowie bei hochträchtigem Groß- und Kleinvieh zur besseren Ausreifung und Lösung der Leibesfrucht und damit einem leichtern Verlauf des Geburtsaktes, auch zu einem raschern und leichtern Abgang der Nachgeburt, wie überhaupt auch zur Verhütung von Brand und Fieber, weil bekanntlich der Flachssamen kühlend und beruhigend wirkt. Aber auch äußerlich wurde der schleimig aufgekochte und gemahlene Leinsamen von jeher zur Erweichung und Ausreifung von Geschwüren bei Menschen und Haustieren seiner aufweichenden und lösenden Wirkung wegen mit gutem Erfolge zur Anwendung gebracht.

Seitdem nun aber durch sorgfältige wissenschaftliche Untersuchungen nachgewiesen worden ist, daß der Lein- oder Flachssamen noch einen hohen Gehalt an Eiweiß und Fett sowie an Vitaminen usw. aufweist, wird derselbe als eigentliches Nähr- und Kraftfuttermittel in neuerer Zeit je länger je mehr in Anwendung gebracht, und es wäre nur zu wünschen, daß unsere Landwirte und Tierzüchter ihren Bedarf an Kraftfutter durch Anbau von Flachs selbst produzieren würden; es käme billiger zu stehen als der Ankauf künstlicher Kraftfuttermittel, und zudem hätten sie noch den Nutzen der Stengelfaser, woraus sie für ihren eigenen Bedarf oder für den Verkauf ein feines, wertvolles Gespinst herstellen könnten, also von dieser in ihrer Kultur so einfachen, anspruchslosen Pflanze einen doppelten, ja sogar einen dreifachen Nutzen hätten durch die Gewinnung des so begehrten Leinöles.

Im Frühling und Herbst, während der Zeit des Haarwechsels, sollte man allem Vieh, auch den Ziegen, den Schafen, ebenso auch dem Geflügel und den Kaninchen stets zu jeder Mahlzeit eine Handvoll Flachssamen roh oder gekocht im Weichfutter verabreichen; auch Leinkuchenmehl (Preßrückstände bei der Leinölgewinnung) bilden in abgebrühtem Zustande noch ein gutes Kraftfutter, welches, wie die ganzen Leinsamen, sehr günstig auf den Haar- und Federwechsel einwirkt, bei den Haustieren überhaupt ein glattes, weiches und glänzendes Haarkleid und Gefieder erzeugt, was besonders für solche Tiere, die an Ausstellungen geschickt werden sollen, sowie für solche, deren Hauptnutzung aus einem schönen, wertvollen Fell besteht (wie z. B. bei den Schafen, dem Angorakaninchen, den naturfarbigen und Kaschmirziegen) von größter Wichtigkeit ist. Die Leinsamenkuchen müssen aber zuerst in trockenem Zustande gut zerkleinert und dann nach dem Abbrühen und Erkalten gut verrührt werden, damit ja keine Knollen in den Magen der Tiere gelangen, weil diese sonst sehr leicht Verdauungsbeschwerden und Kolik verursachen können.

Starre Butter.

Um während der kalten Jahreszeit eine geschmeidige Butter zu erhalten, muß man vom Entrahmen bis zur Ablieferung eine höhere Temperatur als im Sommer anwenden. Die Zentrifugierung der Milch soll zweckmäßig bei 28 bis 30 Grad geschehen. Das natürliche Aufrahmen nimmt zuviel Zeit in Anspruch, als daß man den betreffenden Raum so lange erwärmt halten könnte. Milch ist im Winter auch weniger reich an Säurefermenten, weswegen die Butter weniger aromatisch wird. Nach dem Zentrifugieren müssen die Fettkügelchen eine relative Leichtflüssigkeit behalten, der Rahm muß weniger dicht sein als im Sommer; man darf ihn daher nicht alsbald abkühlen, zumal in der kalten Jahreszeit die nachteiligen Bakterien weniger zur Geltung kommen. Der Rahm, der beim Austritt aus dem Separator seine Temperatur behalten hat oder beim Aufrahmen auf 22 bis 23 Grad erwärmt worden ist, wird in einem Raum mit trockner Luft gehalten, in dem eine Temperatur von etwa 18 Grad herrscht. Ebenso ist der Raum für das Ausbuttern und für das Kneten durch eine geeignete Heizvorrichtung zu erwärmen, damit Rahm und Butter beständig einer Temperatur von 16 Grad ausgesetzt bleiben. Die niedrigere Temperatur ist aber nicht die einzige Ursache der zu festen Konsistenz der Butter im Winter. Man muß auch darauf achten, daß nicht das dargereichte Futter diese zu große Festigkeit hervorruft. Unter den Bestandteilen der Butter wird das Olein, das flüssig ist, besonders durch das Grünfutter, das die Kühe im Sommer genießen, hervorgebracht, während Heu und Stroh, die eine Hauptnahrung im Winter bilden, nur wenig Olein liefern. Nun enthalten aber Sesam- und Rapskuchen eine gewisse Quantität dieses Stoffes, weshalb es ratsam ist, solche dem Trockenfutter der Kühe beizumischen. Man vergesse allerdings nicht, daß Sesamkuchen, der freilich gegenwärtig für uns in Deutschland kaum in Betracht kommt, das Ausbuttern etwas erschwert und eine zu weiße Butter liefert. Treber aus den Brauereien machen auch die Butter weicher; auch lauwarmer Trank hat eine günstige Wirkung. Hingegen darf man nur wenig Rüben und rohe Kartoffeln den Rationen beimengen.

Obstbaumwäsche.

Es ist noch viel zu wenig bekannt, daß das Abwaschen der Obstbäume ein vortreffliches Mittel ist, sie gesund und fruchtbar zu erhalten, und wo es bekannt ist, wird es auch nur in den wenigsten Fällen ausgeführt, da es immerhin einige Zeit in Anspruch nimmt und diese in landwirtschaftlichen Betrieben bei dem heutigen Leutemangel ins Gewicht fällt.

Doch wenn der Landwirt für seine Obstbäume nur ein ganz wenig mehr Interesse haben wollte, fänden sich sicher einige Stunden, die ihnen mit Erfolg gewidmet werden könnten.

Bald ist hier, bald dort ein Arbeiter für kürzere Zeit frei: die aufgetragene Arbeit ist vollendet, ihn aufs Feld zu schicken, lohnt nicht mehr, da es bald Feierabend oder Mittag ist; er drückt sich also aus einer Ecke in die andere, bis die Glocke schlägt — und hätte doch so gut noch einen oder vielleicht gar zwei Bäume waschen können.

Manchmal aber sind es auch Regentage, an denen dieser nur fein dem Himmel strömt, man kann mit den Leuten nichts anfangen und läßt sie daher lieber zu Hause.

Diese Regentage aber eignen sich ganz besonders wieder zum Waschen der Obstbäume. Man nehme zu diesem Zweck ziemlich dickes Kalkwasser oder Lauge aus Buchenasche mit Salzzusatz, doch nur dann, wenn die Bäume vermoost sind; auch Seifensiederlauge erfüllt denselben Zweck, ebenso Formollösung, die zu diesem Zweck in den einschlägigen Geschäften käuflich zu haben ist. Man wird zweckmäßig bei dieser Behandlung stets zum Schlusse mit klarem Wasser nachspülen, um die Schärfe der angewendeten Lauge zu mildern.

Sind die Bäume nicht vermoost und handelt es sich nur darum, die verstopften Öffnungen der Rinde von dem Schmutze zu befreien, wird reines Wasser stets genügen.

Am besten eignet sich zur Reinigung eine Stahldrahtbürste, welche zweckmäßig mit einem Stiel versehen sein sollte und vorn etwas spitzer wie hinten sein kann.

Man entfernt auf diese Weise nicht nur Moos, Flechten und Schmutz, sondern hat auch die Genugtuung, daß die Eier und Larven der verschiedenen Insekten, die in der Baumrinde lagern, mit Sicherheit vernichtet werden. Frostfreie Wintertage eignen sich besonders zur Obstbaumwäsche. Erstaunlich sind die Erfolge solcher alljährlich durchgeführten Wäschen gegen gewisse Obstbaumschädlinge, Blut- und Schildläuse usw.

— Was wiegt die Menschheit? Ein amerikanischer Statistiker hat sich die Mühe gemacht, das Gewicht der gesamten Menschheit zu errechnen. In runden Zahlen natürlich, denn auf einige Zentner mehr oder weniger kommt es ja nicht an. Bei einem Durchschnittsgewicht des Menschen von 60 Kilogramm beträgt das Gewicht der gesamten Menschheit 90 Milliarden Kilogramm, 120 000 Eisenbahngüterzüge zu 50 Waggons würden gerade zu ihrem Transport ausreichen.

Fürstin Laja.

60] Roman von **Erich Ebenstein.**

Wiemanns Zeitungs-Verlag, Berlin W. 66. 1923.

„Mein Herz — Walter gehört?" stammelte Sylvia fassungslos. „Wer hat dir das eingeredet? Wie darfst du mir so etwas sagen! Mir, die ich nie etwas anderes gefühlt habe, als —"

Sie verstummte erschrocken.

Eine große Unruhe erfaßte Rainer.

Sollte er sich so getäuscht haben? Aber es konnte ja nicht sein — Sylvias ganzes Benehmen ließ sich nur aus diesem einen Punkt heraus erklären.

Blitzgleich durchzuckte ihn die Erinnerung an all die Umstände, welche ihre Liebe für Walter so unzweifelhaft erscheinen ließen.

Nein, er konnte sich nicht täuschen und ärgerte sich, daß sie nicht gestehen wollte. Trotzdem bezwang er sich, denn er selbst durfte sie am wenigsten tadeln.

Darum sagte er milder: „Ich wollte dir keine Vorwürfe machen. Vielleicht hast du selbst bis zu unserem Hochzeitstag nicht gewußt, wie es um dich steht. Aber dann ist es dir doch klar geworden, daß dein Herz nur ihm gehört, und daß nur ein Irrtum dich an meine Seite führen konnte?"

Sylvia richtete sich stolz auf. „Es tut mir leid, daß du so jeden Maßstab für Frauenehre verloren hast, Rainer! Allerdings habe ich begreifen gelernt, daß es für euch weltkluge Menschen sehr verschiedene Gründe gibt, Ehen zu schließen, ich selbst aber würde mich in die Seele hinein geschämt haben, meine Hand einem Manne zu reichen, dem nicht auch mein Herz gehörte."

In seinen Augen flackerte es plötzlich heiß auf. „Damals hast du also doch mich geliebt, mich allein, als wir am Altar standen?"

„Ja," kam es leise und verwundert über ihre Lippen. „Wußtest du das nicht?"

„Und dann?" fuhr er hastig fort, „später — heute?"

Ein unendlich weher Blick glitt über ihn hin. „Ich glaube nicht, daß man zweimal lieben kann, wie ich dich geliebt habe. So, wie mein Herz dir zuflog in der ersten Stunde des Wiedersehens auf Mahrenberg, so ist es dir geblieben — trotz alledem bis heute. Du freilich wußtest nichts anzufangen damit. Mißhandelt von dir und jener Frau liegt es heute und —" Tränen erstickten ihre Stimme.

„Sylvia!" schrie Rainer gequält auf. „Ist es möglich?" Dann überfielen ihn trotz ihrer Worte wieder Zweifel. „Warum warst du seit unserer Hochzeit so verändert? Wenn du mich je geliebt hast, wie konntest du so kalt und erbarmungslos sein? Du warst damals lange in Walter von Sternbergs Gesellschaft, und als du zu mir zurückkamst, war keine Spur der früheren Sylvia mehr in dir! Was ist damals zwischen euch gesprochen worden?"

Sie senkte das Haupt und wandte sich ab. Kaum hörbar kamen die Worte von ihren Lippen: „In jener Stunde wollte ich ganz allein Abschied nehmen von der Eremitage, und dort sah ich —" sie stockte. Mit Anstrengung fuhr sie dann fort: „Und ich hörte, was du mit der Fürstin sprachst. Da wußte ich, warum du mich zum Weibe genommen hast. Es war so schrecklich — ich konnte nicht anders nachher."

Rainer taumelte zurück. „Damals schon wußtest du —"

Sie nickte und fuhr fort: „Und ich wollte anfangs nicht mit dir gehen. Um keinen Preis! Ich war von Sinnen, alles schien mir aus, vernichtet! Walter, den ich zufällig traf, als ich wie eine Wahnsinnige ins Haus zurückflog, erriet, was vorgefallen war, und er hat mich bestimmt, dir zu folgen. Er sprach von Pflicht, von dem Wort, das ich dir eine Stunde zuvor gegeben.

Dann wollte ich ja vergessen, aber es ging nicht. Die Briefe — damals in Terontola, und dann hier in Riedenau am ersten Abend, als sie hier war und ihr draußen auf dem Balkon standet — ich wußte nicht mehr, was ich tat.

Da wollte ich fort, dich freigeben, das Feld räumen, und schrieb an Walter. Nachher kam ich wieder zur Besinnung. Aber nun wird es doch sein müssen."

Sie machte plötzlich eine gewaltsame Anstrengung und fuhr fester fort: „Fürchte nicht, daß ich euch Schwierigkeiten machen werde. Es hat mich nur zuerst niedergeworfen. Jetzt bin ich schon gefaßt und sehe ja ein — es muß sein. Nur das solltest du nicht sagen, daß ich je ein Glück finden könnte fern von dir."

Rainers Atem ging schwer und seine Augen schimmerten in feuchtem Glanz. Ganz sanft nahm er Sylvias bebende Hände in die seinen und sagte, ihr tief in die Augen sehend: „Kannst du mir vergeben, Sylvia? Nicht bloß, was einmal war, sondern auch, was ich dir heute antat?"

Ein wundersames Leuchten lag in dem Blick, mit welchem sie zu ihm auffah. Er fühlte es schauernd: das war echte, tiefe Liebe, so groß, daß sie im Augenblick sich selbst vergaß über dem heißen Wunsch, nur ihn glücklich zu machen.

„Ja," antwortete Sylvia einfach. „Alles! Und wenn ich auch nicht mehr bei dir sein werde: es wird mir Frieden geben, zu wissen, daß du glücklich bist! Möge Laja dir sein, was ich dir nicht sein konnte!"

Da war es mit Rainers Beherrschung vorüber. Wild riß er sie an seine Brust und bedeckte ihr blasses Gesicht mit stürmischen Küssen. „Du — du —" stammelte er, „du allein bist mein Glück! Du allein, Sylvia, so wahr Gott im Himmel uns in dieser Stunde zusammengeführt hat! Weißt du denn nicht, wie sehr ich dich liebe, wie ich gelitten habe bei dem Gedanken, dein Herz könne einem anderen angehören?"

Sie vermochte nicht zu antworten. Zitternd lag sie an seiner Brust wie ein zum Tode Verurteilter, dem plötzlich Gnade geworden war.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719250207-10/fragment/page=0006

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich: zweimal und Mittwoch Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher).
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 24.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteile 15 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag und Freitag vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 11. | **Sonnabend, den 7. Februar 1925.** | **28. Jahrg.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der erneut zum preußischen Ministerpräsidenten gewählte sozialdemokratische Abgeordnete Braun hat die Wahl und damit die Bildung des Kabinetts abgelehnt.

* Dem Reichstag soll das neue Aufwertungsgesetz in drei Wochen zugehen.

* Der Aufwertungsantrag der Deutschnationalen auf Aufhebung der Notverordnung vom 24. Dezember 1924 wurde im Reichstagsausschuß abgelehnt.

* In der Danziger Briefkastenaffäre hat der Völkerbundkommissar den Standpunkt Danzigs als berechtigt erklärt. Polen erhob gegen die Entscheidung Protest.

* Im amerikanischen Senat unternahm Johnson einen scharfen Vorstoß gegen das Pariser Finanzabkommen.

Pflicht zur Sparsamkeit.

Der Reichsfinanzminister Dr. v. Schlieben mahnte in der Berliner Konferenz der Finanzminister der Länder dringlichst zur Sparsamkeit. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, namentlich angesichts der Tatsache, daß Hunderttausende von Beamten und Angestellten dieser bisher selbstverständlichen Sparsamkeit zum Opfer gefallen sind, doch was noch viel selbstverständlicher ist: das Reich steht vor geradezu ungeheuren finanziellen Verpflichtungen, die aus dem Londoner Pakt hervorgehen —, und daß, um sie zu erfüllen, gespart, gespart und nochmals gespart werden muß, leuchtet ohne weiteres ein.

Vielfach ist in letzter Zeit darüber geklagt worden, daß weniger die Länder als vor allem die Kommunen diese Selbstverständlichkeit nicht im notwendigen Maße beachten, sondern zu Ausgaben schreiten, die man zweifellos wohl als notwendig, aber nicht als dringend notwendig bezeichnen kann. Doch nur diese letzteren, die dringend notwendigen Ausgaben dürfen wir uns noch gestatten.

Die Konferenz der Finanzminister der Länder mit dem Reichsfinanzminister hatte vor allem den Zweck gehabt, über den künftigen Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Kommunen endgültige Klarheit zu schaffen, damit jetzt, wo das Reich zum ersten Male wieder über einen klaren Etat verfügt, auch die Länder ihren Haushalt auf sicheren Grundlagen aufbauen können. Schlieben hatte darauf hingewiesen, daß der Schuldendienst der Länder und Gemeinden infolge der Inflationswirkung so gut wie aufgehört, aber trotzdem ire Haushalte eine 40- bis 50%ige Erhöhung im Vergleich zu 1914 erfahren haben. Bisher lag die Sache so, daß von den beiden wichtigsten Einnahmen des Reiches, nämlich der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer dort 90%, hier 20% vom Reich abgeführt wurden. Nun hatte der Reichsfinanzminister die Länder bzw. die Kommunen auf den alten Weg des Zuschlages zur Einkommensteuer verwiesen, doch darauf ist eine Entschließung der Finanzminister nicht eingegangen, vielmehr betont sie, daß der bisherige Finanzausgleich einseitig zugunsten des Reiches und zuungunsten der Länder ausgeschlagen sei; der künftige bringe eine weitere untragbare finanzielle Verschlechterung für Länder und Gemeinden. Einstimmig verlangen diese jetzt grundsätzlich die Rückgabe der Einkommensteuer, der Körperschaftssteuer sowie der Steuer vom Kapitalertrag an die Länder, wobei das Reich nur 4% des Aufkommens als Deckung für die Erhebungskosten erhalten soll. Eine Reihe von Ländern verlangt nun aber auch, daß die Finanzverwaltung wieder in ihre Hände zurückgegeben wird, und zwar soweit sie die Erhebung der vorgenannten Steuern betrifft. Diese Verkürzung des Reiches auf 4 % soll bereits ab 1. April 1925 eintreten. Die Übergangsregelung für die Rückübertragung der Steuern soll Aufgabe des Reiches für das Rechnungsjahr 1925 sein. Von vorherrein hat der Reichsfinanzminister erklärt, daß an die Rückgabe der Einkommen- und Körperschaftssteuer an die Länder in absehbarer Zeit nicht gedacht werden könne.

Die Länder hatten aber auch verlangt, daß eine Erhöhung ihres Anteils an der Umsatzsteuer über die 20% hinaus erfolgen solle, die ihnen bisher zuständen. Und schließlich noch verlangen sie die Rückerstattung der Kosten für die Schutzpolizei in der bisherigen Höhe.

Eine derartige Rückentwicklung unseres Steuersystems auf den Standpunkt von 1919, der bekanntlich damals zugunsten einer immer schärferen Zentralisierung des deutschen Steuersystems zugunsten des Reiches aufgegeben worden ist, wird naturgemäß stark beeinflußt durch den Willen der Länder, ganz allgemein politisch eine größere Selbständigkeit zu haben. Eine derartige Selbständigkeit hat naturgemäß als erste und wichtigste Grundlage eine größere finanzielle Selbständigkeit, ohne die ja ein wirklich politisches, kulturpolitisches, sozialpolitisches Leben der Länder nicht möglich wäre. Aber auf der anderen Seite würden wir zu jenem Zustand zurückkommen, der dem Reich die Stellung eines „Kostgängers der Länder" zuschiebt. Ob das unter den jetzt ganz veränderten innen- und besonders aber außenpolitischen Zuständen möglich sein kann, dürfte doch, wie schon oben angedeutet, sehr zweifelhaft erscheinen. Denn für sämtliche Reparationsverpflichtungen, die bekanntlich schon in den nächsten Jahren die Höhe von 2½ Milliarden erreichen und damit etwa 45 % der jetzigen Etatshöhe darstellen, haftet das Reich völkerrechtlich, nicht die Länder oder Kommunen, die laut Versailler Vertrag erst in zweiter Linie herangezogen werden können. Man kann es ja nach mancher Richtung hin verstehen, wenn namentlich Länder wie Preußen und Bayern nach größerer finanzieller Selbständigkeit streben im Hinblick darauf, daß sie ihre am stärksten fließende Steuerquelle, nämlich ihre Eisenbahnen, verloren haben. Ob das Verlangen der Länder nach Rückerlangung der Finanzverwaltung ein berechtigtes ist, dürfte schon mehr zu überlegen sein, obwohl auch hier der Zwischenraum zwischen 1919 und 1925 eine radikale Umstellung der gesamten Verwaltung gebracht hat, so daß in gewisser Beziehung die vorzügliche Tradition der Finanzverwaltung der Länder doch schon in mancher Beziehung verlorengegangen ist und erst wieder aufgebaut werden müßte.

Aber auf eins hätten die Finanzminister der Länder in ihrer Entschließung doch noch eingehen sollen, und das ist das erste, von dem Schlieben ausgeht, nämlich die Pflicht der Sparsamkeit bis zum letzten. Ein Steuersystem, das ständiger Änderung unterliegt, wird leicht zu einer Gefahr, besonders für die produktive Wirtschaft, auf deren Erträge sie sich ja aufbaut. Verschwendungssucht, Systemlosigkeit, vor allem aber wirtschaftlich vernichtende Steuern zerstören die Grundlage, auf der sich der Staat überhaupt aufbaut und die ihm die Möglichkeit seines Wirkens erst bietet, nämlich die finanzielle Grundlage, die ja das A und das O jeder Tätigkeit ist.

Brauns Ablehnung.

Die preußische Kabinettsfrage.

Berlin, 5. Februar.

Ministerpräsident Braun hat heute nachmittag 12½ Uhr dem Präsidenten des Preußischen Landtages folgendes Schreiben zugehen lassen. „Auf Ihre Mitteilung vom 30. v, Mts. über meine Wahl zu[illegible]sidenten teile ich Ihnen ergebenst mit, da[illegible] nicht annehme."

Die Entschließung Brauns, die schon e[illegible]wartet wurde, ist auf einen heute erfolgte[illegible] Deutschen Volkspartei zurückz[illegible] Fraktion der Deutschen Volkspartei trat he[illegible] zu einer Sitzung zusammen, in der der [illegible] sitzende Dr. v. Campe Bericht über sein[illegible] mit dem wiedergewählten Ministerpräsiden[illegible] stattete. Die Fraktion beschloß einmütig, [illegible] präsidenten Braun mitzuteilen, daß sie sei[illegible] v. Campe gerichtete Frage, ob die Fraktion [illegible]heitskabinett tolerieren, also einer solchen [illegible] wartend gegenüberstehen wolle, vernein[illegible] einer Großen Koalition (mit Einschl[illegible]schen Volkspartei) nicht beitreten werde. [illegible] wurde sofort von diesem Beschlusse Mitteil[illegible] worauf er das Ablehnungsschreiben an d[illegible] präsidenten sandte.

Ein Zentrumskandidat.

Während von einer Seite behauptet wi[illegible]trum halte nach dem Verzicht Brauns an de[illegible] des rheinischen Landeshauptmanns Dr. Hor[illegible] preußische Ministerpräsidentschaft fest, verlaute[illegible] Quelle, das Zentrum werde nicht Horion, [illegible] andere Persönlichkeit aus seinen Reihen vo[illegible] nicht dem Landtage angehöre. Die Wahl de[illegible]nisterpräsidenten, der angeblich nun ein Kabin[illegible]trum und Demokratie bilden wolle mit Duldu[illegible] Sozialdemokratie und die Volkspartei, soll v[illegible] am 10. Februar erfolgen.

Wahltermin am 10. Februar.

(11. Sitzung.) — ü. Berlin, 5. Februar.

Die heutige Sitzung des Preußischen Landtages eröffnete Präsident **Bartels** mit einem Nachruf für den verstorbenen deutschnationalen Abg. Dr. Regenborn, den die Abgeordneten stehend anhören.

Darauf wird das Schreiben des Ministerpräsidenten Braun an den Präsidenten mitgeteilt, in dem Braun von der Nichtannahme seiner Wahl Kenntnis gibt. Die Wahl des Ministerpräsidenten ist vom Ältestenrat für Dienstag, den 10. Februar, anberaumt. Daran soll sich anschließen die Wahl des Landtagspräsidenten.

Der jetzige Präsident Bartels hat die Bestätigung noch nicht erhalten, die nach der Verfassung vier Wochen nach der ersten Wahl stattzufinden hat. In einer Geschäftsordnungsdebatte legt Abg. Dr. Körner (Nationalsoz.) Verwahrung dagegen ein, daß die Wahl des Landtagspräsidenten verschleppt werden soll; sie müsse sofort erfolgen. Im übrigen macht der Umstand, daß der gegenwärtige Präsident einer Fraktion angehöre, der von Barmat 50 000 Mark zugewendet worden sind (Lebh. Hört, hört! rechts), diesen unfähig, das Präsidentenamt weiter zu bekleiden. (Großer Lärm links, wachsende Unruhe.) Die weiteren Bemerkungen des Abgeordneten gehen in dem entstehenden Lärm verloren. Gegen die Änderung der Tagesordnung wird Widerspruch erhoben; damit ist das Verlangen der Nationalsozialisten erledigt.

Das Haus trat dann in die Tagesordnung ein. Auf Antrag der Deutschen Volkspartei wird ein Ständiger Ausschuß für die besetzten Gebiete eingesetzt

Unterbrechung der Sitzung.

Das Haus setzt darauf die Aussprache über die Amnestieanträge fort.

Abg. Obuch (Komm.) kritisiert mit aller Schärfe die vom Ausschuß empfohlene Ablehnung der Anträge der Kommunisten.

Als der Abg. **Kuttner** (Soz.) das Wort nehmen will, wird er mit großen Beschimpfungen durch die Kommunisten empfangen. Man ruft ihm „Arbeitermörder" und dergleichen zu. Vizepräsident Dr. **Porsch** läutet andauernd die Glocke, um dem Redner das Wort zu verschaffen. Dem Abg. Kuttner ist es unmöglich, sich durchzusetzen. Als es dem Vizepräsidenten nicht gelingt, sich Ruhe zu verschaffen, hebt er die Sitzung auf eine Viertelstunde auf.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung gehen die Amnestieanträge an den Rechtsausschuß und das Haus vertagt sich auf Freitag.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. Februar 1925.

Heute lagen Anträge auf Einstellung von Strafverfahren gegen die Abgeordneten Schulz-Königsberg (Soz.) und Koenen (Komm.) vor. Sie wurden zunächst debattelos dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. Dann begründete der Abg. Dr. Wunderlich (Dtn.) einen auch von anderen bürgerlichen Parteien unterstützten Antrag auf Einstellung des Verfahrens vor Gerichten und Aufwertungsstellen. Der Antrag will verhindern, daß jetzt noch durch Entscheidungen in letzter Stunde der bevorstehenden gesetzlichen Neuregelung der Aufwertungsfrage vorgegriffen wird.

[illegible]wertungsfragen.

[illegible]tonte, die Haltung der Parteien der [illegible]ngsfrage müsse bei den Aufwertungs[illegible]täuschung erregen. Im Ausschuß [illegible]demokraten energisch für den deutsch[illegible]ntrag, während die deutschnationalen [illegible]it aller Kraft der Durchsetzung ihres [illegible]setzten. Vorher hätten die Deutsch[illegible]ng der Steuernotverordnung vom [illegible]agt, und jetzt hätten sie im Ausschuß [illegible]ag gestimmt. Der Redner beantragte [illegible] Geltungsdauer des jetzt vorliegenden [illegible]30. April 1925.

[illegible]. Vgg.) begrüßte den vorliegenden [illegible] von ihm eine beruhigende Wirkung [illegible] und Sparer. Der Entwurf sei na[illegible]ge Zwischenlösung.

[illegible]Hannover (Dem.) erklärte den Zeit[illegible] Erörterung der Aufwertungsfrage [illegible]nen. Das Ziel, vor der endgültigen [illegible]rage den Gläubigern einen Aufschub [illegible]n vorliegenden Entwurf der Antrag[illegible]er nur eine Kann-Vorschrift enthält. [illegible]de deshalb die Umwandlung in eine [illegible] Gegen die Aufhebung der Ver[illegible]er in diesem Augenblick beständen

[illegible]ungsgesetz in drei Wochen.

[illegible]renken wiederholte die im Ausschuß [illegible]daß die Reichsregierung binnen drei [illegible]s neuen Aufwertungsgesetzes den [illegible]en zuweisen werde.

[illegible]ntr.) wandte sich gegen die von den [illegible]te Aufhebung der Verordnung vom [illegible]immte dagegen dem demokratischen Antrag zu, der die Kann-Vorschrift in eine Muß-Vorschrift umwandeln will.

Abg. **Seiffert** (Nationalsoz.) erklärte, die Freunde der Aufwertungsbewegung hätten das größte Interesse an der schnellen Übernahme des vorliegenden Entwurfes, damit endlich eine gewisse Rechtssicherheit und Ruhe bei den Gläubigern und Sparern eintritt.

Abg. **Dr. Steiniger** (Dtn.) begrüßte es mit Freude und Genugtuung, daß die Sozialdemokraten seinen Aufwertungsantrag möglichst schnell durchbringen wollten. Abg. Keil hätte sich inzwischen geradezu zum Aufwertungsfanatiker entwickelt. Es sei also für die Sparer und Gläubiger offenbar ganz gut, daß die Lösung der Aufwertungsfrage nicht schon im Februar erfolgt sei, wo die Aufwertungsfreunde noch nicht so zahlreich gewesen wären. Dem sozialistischen Antrage könnten seine

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719250207-10/fragment/page=0007